

**A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen**

01) Rettet die Berliner Mohrenstraße

Kolumne von Götz Aly

... und Götz Aly kämpft weiter für die Mohrenstraße, er fordert die Berliner auf, innerhalb der nächsten vier Wochen Protestbriefe gegen die Umbenennung zu schreiben, und zwar an Bezirksamt Mitte, Kulturamt, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin.

Und nicht ohne Grund, bittet er die Briefschreiber, sich den Eingang bestätigen zu lassen.

Kolumne

Rettet die Berliner Mohrenstraße!

GÖTZ ALY

Am 14. Mai verkündete das „Amtsblatt für Berlin“, dass die Mohrenstraße in Mitte zum 1. Oktober wegbenannt werden soll. Seit 330 Jahren gehört diese Straße zu der in ihrer historischen Struktur erhaltenen Friedrichstadt. Durchgesetzt haben diesen Geschichtsfrevel Grüne, SPD und Linke im Bezirk Mitte. Zuvor hatten dieselben Parteien im Abgeordnetenhaus eine Ermächtigungsklausel beschlossen, mit der sie die Ausführungsvorschriften des Straßengesetzes um ein gummweich formuliertes Kriterium zur Umbenennung ergänzten: den „Bezug zu rassistisch-imperialistischen Ideologien“. Aber dieser besteht im Fall Mohrenstraße nicht.

Ohne jede Begründung wird zudem behauptet, der Straßename schade „dem nationalen und internationalen Ansehen Berlins“ und enthalte einen „rassistischen Kern“. Dazu ist zu sagen: Zur Zeit der Benennung wurden in der ständisch verfassten Gesellschaft einzelne Menschen- und Berufsgruppen mit Straßennamen nicht diskriminiert, sondern ehrend als Gemeinschaften hervorgehoben. Deshalb haben wir in Berlin die Schützenstraße, die Jüdenstraße, den Gendarmenmarkt, den Kadettenweg, den Hugenottenplatz, die Böhmischesche Straße usw. Die Mohrenstraße kreuzt die nach dem vor 320 Jahren regierenden Königspaar – Friedrich und Charlotte – benannten Straßen des heutigen Zentrums. Eine derart hervorgehobene Position im alten und heutigen Zentrum Berlins kann nicht herabsetzend gemeint gewesen sein. Im Deutschen wird das Wort Mohr seit langer Zeit nicht mehr als Bezeichnung für einen Menschen dunkler Hautfarbe verwendet; es existiert auch nicht als Schimpfwort.

Die Mohrenstraße ist Teil der Stadtgeschichte, ähnlich der Mauerstraße, dem Festungsgraben, der Invaliden- oder der Hirtenstraße. Dasselbe gilt für die zur Mohrenstraße parallel verlaufende Taubenstraße. Sie war nicht etwa dem Vogel, sondern solchen Soldaten gewidmet, die im Kriegsdienst ertaubt waren und dort Unterkunft gefunden hatten. Gilt das dem

nächst als behindertenfeindlich? Es gibt keinen Grund, an den historischen Namen zu rütteln. Sie sind Schriftdenkmale, die es uns Heutigen ermöglichen, die Vergangenheit unserer Stadt zu lesen und besser zu verstehen.

Was tun? Nach den Paragraphen 40 und folgende des Bezirksverwaltungsgesetzes wäre das Bezirksamt verpflichtet gewesen, die „Mitwirkung der Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern“ und diese rechtzeitig „über ihre Mitwirkungsrechte zu unterrichten“. All das haben der Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel und die zuständige Stadträtin Sabine Weißler (beide Grüne) fahrlässig oder willentlich unterlassen.

Die Idee zur Umbenennung wurde von einer kleinen, wenig informierten antikolonialistischen Gruppierung forciert. Diese nennt das Bezirksamt „zivilgesellschaftliche Akteurinnen/Akteure“. Diejenigen, die dagegen seit Jahren begründete Einwände erheben, zählt dasselbe grün-rot-rot durchherrschte Amt nicht zur Zivilgesellschaft. Dagegen sollte man sich zur Wehr setzen.

In den nächsten vier Wochen können alle Berliner und Berlinerinnen brieflich Widerspruch gegen die Umbenennung einlegen, zu richten an: *Bezirksamt Mitte von Berlin, Abt. Weiterbildung, Kultur, Umwelt usw., Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin*. Lassen Sie sich den Eingang bestätigen und schreiben Sie uns Ihre Meinung.

Aus: Berliner Zeitung v. 18.05.2021, S. 6

Wort der Woche, in: Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt (PAZ) v. 28.08.2020, S. 24:

„Herrn Amo kennt keiner, aber er war dem Vernehmen nach ein Mohr. Fazit: Bisher wurden in der Hauptstadt alle Mohren gewürdigt. In Zukunft nur noch einer.“

Robert von Loewenstern, auf „Achgut.com“ (24. August) zur Umbenennung der Berliner Mohrenstraße in Anton-Wilhelm-Amo-Straße.

02) Die Linke ist bei Straßenumbenennungen wieder aktiv: sie fordert, die Roonstraße in Lichterfelde West umzubenennen

Die eigene Parteiengeschichte ist für die Linke Tabu, mit der Umbenennung von Straßen aber zieht sie machtheischere „Politiker“ am Nasenring hinter sich her

Lokales

Roonstraße umbenennen

RICHTERFELDE. Die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) setzt sich für die Umbenennung der Roonstraße in Lichterfelde in Betty-Kierski-Straße ein. Roon war Kriegs- und Marineminister und seine Verdienste bestanden darin, die organisatorischen Voraussetzungen für die Kriegsführung in den Jahren 1864 und 1871 zu schaffen. Eine solche Heldenverehrung sei heutzutage nicht mehr zeitgemäß, erklärt die Linksfraktion in ihrem Antrag. Darin wird das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf aufgefordert, die Voraussetzungen für eine Umbenennung der Roonstraße in Betty-Kierski-Straße zu schaffen. Sie wäre laut der Fraktion ein zweifaches Signal: Steglitz-Zehlendorf würde die Opfer des Faschismus ehren und der Bezirk erhöhe den Anteil an Straßen, die nach Frauen benannt sind. Betty Johanna Kierski nahm sich 1942 das Leben, um ihrer Deportation zu entgehen. Für sie wurde in der Kommandantenstraße 9 ein Stolperstein gesetzt. Mehr zur Person von Betty Kierski auf www.stolpersteine-berlin.de/biografie/6322.

RICHTERFELDE. Die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) setzt sich für die Umbenennung der Roonstraße in Lichterfelde in Betty-Kierski-Straße ein. Roon war Kriegs- und Marineminister und seine Verdienste bestanden darin, die organisatorischen Voraussetzungen für die Kriegsführung in den Jahren 1864 und 1871 zu schaffen. Eine solche Heldenverehrung sei heutzutage nicht mehr zeitgemäß, erklärt die Linksfraktion in ihrem Antrag. Darin wird das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf aufgefordert, die Voraussetzungen für eine Umbenennung der Roonstraße in Betty-Kierski-Straße zu schaffen. Sie wäre laut der Fraktion ein zweifaches Signal: Steglitz-Zehlendorf würde die Opfer des Faschismus ehren und der Bezirk erhöhe den Anteil an Straßen, die nach Frauen benannt sind. Betty Johanna Kierski nahm sich 1942 das Leben, um ihrer Deportation zu entgehen. Für sie wurde in der Kommandantenstraße 9 ein Stolperstein gesetzt. Mehr zur Person von Betty Kierski auf www.stolpersteine-berlin.de/biografie/6322.



Aus: Berliner Woche (Steglitz-Dahlem) Roon-Denkmal am Großen Stern, Foto: Susanne Kähler v. 12.05.2021, S. 2 < <https://bildhauerei-in-berlin.de/bildwerk/roon-denkmal/> >

Und es werden nicht nur alle nach Roon benannten Straßen betroffen sein, sondern auch die benachbarten Straßen die nach preußischen Militärs benannt sind. Und natürlich auch das Roon-Denkmal am Großen Stern.

Auf der Grundlage, von schlechtem Geschichts- und Geographie-Unterricht in den Schulen soll die Geschichte unseres Landes und unseres Volks verfälscht werden. Und viele machen dabei mit!

03) Straßenumbenennungen ohne Ende? Hermann von Wissmann

Grunewald ohne Wissmann

Nach der Umbenennung der Neuköllner Wissmannstraße in Lucy-Lameck-Straße könnte bald auch die Wissmannstraße in Grunewald anders heißen. Eine Jury hat aus einigen Vorschlägen einen möglichen neuen Namen ausgewählt. Diesen verrät das Gremium aus Fraktionsvertreter:innen, Mitgliedern des Bündnisses „Decolonize Berlin“ und Anwohnern aber noch nicht. Man habe vertraulich getagt, sagte BVV-Vorsteherin Annegret Hansen (SPD). Der Vorschlag werde zuerst den Bezirksverordneten für deren endgültige Entscheidung mitgeteilt.

Hermann von Wissmann (1853 bis 1905) war ein Afrikaforscher und Befehlshaber deutscher Kolonialtruppen. Ihm wird besonders die blutige Niederschlagung eines Aufstands der Küstenbevölkerung in Ostafrika angelastet.

Kurz vor der Jurysitzung regte die CDU-Abgeordnetenhauskandidatin im Wahlkreis Grunewald, Sandra Khalatbari, eine Umbenennung in Baraschstraße an. Daraufhin meldete sich Joachim Neu beim Tagesspiegel, der unter anderem als Sprecher der Bürgerinitiative Stuttgarter Platz bekannt ist, und teilte mit, dass er dieselbe Idee bereits vor Monaten eingebracht habe.

Die jüdische Familie Barasch wohnte einst in der Wissmannstraße 11. Das NS-Regime ermordete Artur Barasch 1942 im KZ Sachsenhausen, seine Frau Irene sowie die Kinder Else und Werner flohen ins Ausland. Mieter des Hauses wollten mit einem Bürgergarten an die Familie erinnern. Dies scheiterte an einem Neubauprojekt des Eigentümers.

Die Straßenschilder der Wissmannstraße wurden von Unbekannten mit blutroter Farbe besprüht. Sandra Khalatbari ärgert sich über diese „Selbstjustiz“ und fordert eine „zeitnahe“ Reinigung. CD

04) Demokratischer Diskurs ausgeschlossen: SPD-Politiker haben nichts dazu gelernt. Noch einmal: Maerckerweg

Anzeige

Hass aus dem Straßenbild tilgen

Noch immer ehren zahlreiche Straßennamen Rassisten und Antisemiten

Jeder Lokalpolitiker weiß: Mit Straßenumbenennungen macht man sich unter den Anwohnerinnen und Anwohnern kaum Freunde. Dennoch lohnt ein Blick auf den Einzelfall, wer da bis heute alles geehrt wird – auch in Steglitz-Zehlendorf.

Viele werden sie kennen: Die Spanische Allee im Ortsteil Schlachtensee. „Was nur die wenigsten wissen: Als die Straße 1939 ihren Namen erhielt, sollte mitnichten unser europäischer Nachbar gewürdigt werden,“ erläutert Martin Kromm, Sprecher für Bildung und Kultur der SPD-Fraktion. Vielmehr erfolgte die Benennung durch die Nationalsozialisten zur Ehrung der aus Spanien zurückkehrenden „Legion Condor“. Diese war an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt, unter anderem an der Zerstörung der Stadt Guernica, der Hunderte Zivilisten zum Opfer fielen.

Nur wenigen bekannt dürfte hingegen der Maerckerweg in Lankwitz sein. Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker. Dieser war unter anderem am Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia aktiv beteiligt.

Die Umbenennung des Maerckerwegs ist mittlerweile beschlossene Sache. „Bei der Spanischen Allee würde eine Umwidmung genügen – der Name könnte also bleiben, dann jedoch an die deutsch-spanische Freundschaft erinnern,“ erklärt Kromm. „Dass ausgerechnet die Grünen hier lieber mit CDU und AFD gemeinsame Sache machen, damit hatten wir nicht gerechnet!“

Diskussionen gibt es derzeit auch über die Pacelliallee, die Treitschkestraße, den Hindenburgdamm und den U-Bahnhof Onkel-Toms-Hütte.



Martin Kromm

Der Rechtsanwalt und Familienvater aus Steglitz setzt sich für Integration, Chancengleichheit und Teilhabe ein. Er ist stellvertretender BVV-Vorsitzender.



ckisch
dungs-
ch
ulaus-
g zu
Deula

Für Sie



Seite 234 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 790 vom 20.05.2021

In der „Berliner Woche“ vom 27.01.2021 findet sich eine mehrseitige Parteiwerbung der SPD. Auf Seite 4 dieser „Einlage“ (siehe oben) findet sich auch der Beitrag von einem Martin Kromm. Da heißt es: „Der Rechtsanwalt und Familienvater aus Steglitz setzt sich für Integration, Chancengleichheit und Teilhabe ein. Er ist stellvertretender BVV-Vorsitzender“.

Auch Martin Kromm hat sich die Umbenennung von Straßen zur Aufgabe gemacht und bezieht sich dabei in seinem Beitrag auf den Maerckerweg in Berlin-Lankwitz und behauptet: „Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker...“

Wie bei seinem Parteigenossen und Fraktionsvorsitzenden, Rechtsanwalt Norbert Buchta, kann auch bei Genossen Martin Kromm davon ausgegangen werden, dass dem Genossen die Geschichte der SPD nach dem Ersten Weltkrieg wie auch die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Biographie zu General Georg Maercker aus Baldenburg in Westpreußen

Claus Kristen: Ein Leben in Manneszucht. Von Kolonien und Novemberrevolution.
Der „Städtebezwinger“ Georg Maercker. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2018

nicht bekannt sind. Von Deutscher Kolonialgeschichte und Würdigung von Lebensleistungen ganz zu schweigen.

Wichtig ist hier wohl allein die mögliche politische Einflussnahme und Machtausübung mit Hilfe der SED-Traditionspartei „Die Linke“.

Bürgerbeteiligung ist nur etwas für „Demokraten“, wenn der Bürger dieselbe Meinung hat, wie man selber! Die Arbeiter in der Arbeiter-Partei von 1920 dachten wohl auch anders als Anwälte in der SPD von heute!

Das ist äußerst beschämend für diese Partei mit einer so langen demokratischen Tradition! Und es stellt sich die Frage, ist eine Partei noch „demokratisch“, wenn Ihre Funktionsträger die demokratischen Rahmenbedingungen lediglich als Mittel ansehen, sich selbst Macht zu verschaffen, ohne Rücksicht auf ihre Mitglieder und Wähler, vom Volk ganz zu schweigen!

*

05) Vorletzter Reichskanzler: Pflege für Kurt von Schleichers Grab soll nicht mehr vom Land bezahlt werden

Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf wollen das Grab aus der Liste der Ehrengräber streichen. Von Schleicher ist umstritten.

Thomas Lippold

27.02.2021, 21:52 Uhr

Auf dem Parkfriedhof Lichterfelde in Steglitz-Zehlendorf liegt das Grab von Kurt von Schleicher, der als letzter Reichskanzler der Weimarer Republik bekannt ist. Seit einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 1978 ist es als Ehrengrab des Landes Berlin anerkannt, in diesem August soll die letzte Verlängerung auslaufen.

Doch die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf fordert nun mit Unterstützung der Linksfraktion, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern und aus der Liste der Ehrengräber zu streichen. Von Schleicher gilt als umstrittene politische Figur: bis zum Januar 1933 war er Reichskanzler und direkt für die Ernennung seines Nachfolgers Adolf Hitler verantwortlich. Von Schleicher wurde zusammen mit seiner Ehefrau Elisabeth am 30. Juni 1934 von Angehörigen der SS in seiner Neubabelsberger Villa ermordet.

Wer genau die Grabstätte von Kurt von Schleicher pflegt, ist eine gute Frage. Sicher ist sich die grüne Bezirksstadträtin Maren Schellenberg da selbst nicht – das geht aus einer Anfrage des Linken-Abgeordneten Gerald Bader an das Bezirksamt hervor. In der Grabstättenakte sei vermerkt worden, dass die Grabpflege 1978 noch von Angehörigen oder einer beauftragten Firma übernommen wurde.

Zwanzig Jahre später wurde festgestellt, dass keine „gärtnerische Instandsetzung erforderlich sei.“ Seitdem, steht in der Anfrage, „ist davon auszugehen, dass die Pflege durch das Bezirksamt erfolgt.“

Auch über die Kosten ist man sich nicht ganz im Klaren. Die Stückkosten für die Pflege einer Grabstelle lagen 2019 bei 86,78 Euro. Die Summen variieren aber, „so dass weder für das Ehrengrab Kurt von Schleicher noch insgesamt für Ehrengräber eine Summe für das Bezirksamt genannt werden kann.“ Im Satz darauf dann die Info: Ein Ehrengrab kostet das Land Berlin etwa 800 Euro pro Jahr.

„Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler“

Bei den Gründen für die letztmalige Verlängerung des Nutzungsrechtes an der Grabstätte, die 2015 erfolgte, notiert das Bezirksamt nur trocken „Fehlanzeige“. Auch sieht es sich nicht zuständig für die Beurteilung der „wesentlichen Verdienste von Kurt von Schleicher, die ein Ehrengrab rechtfertigen“, und zitiert lediglich aus der Liste der Ehrengrabstätten des Landes, in der es trocken heißt: „Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler.“

Nun stört sich Gerald Bader von der Linksfraktion aber nicht vorrangig an den Kosten für das Ehrengrab. Ihm geht es um den „Status des Grabes innerhalb einer städtischen Gedenkkultur, und nicht um die Grabstätte an sich.“ Mit diesem heißen Thema will sich das Bezirksamt aber nicht befassen, und so antwortet Bezirksstadträtin Schellenberg auf die abschließende Frage, ob das Bezirksamt ein Ehrengrab für Kurt von Schleicher denn für berechtigt hält: „Es steht daher dem Bezirksamt nicht zu, eine Entscheidung des Senats von Berlin zu hinterfragen.“

„Aus unserer Sicht“, schreibt Gerald Bader, „wäre es nun an der Zeit, den Ehrengrabstatus der Grabstätte von Schleicher in diesem August auslaufen zu lassen. Die SPD-Fraktion hat

bereits einen Antrag dahingehend auf den Weg gebracht, dem wir uns in der Forderung anschließen.“

In dem Antrag, der Anfang März im Bezirksausschuss für Bildung und Kultur behandelt werden soll, fordert die SPD, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern. „Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.“

Weiter heißt es in der Begründung: „Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.“

Von Schleicher habe durch Ränkespiele die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert

Gerald Bader sieht das ähnlich. Ihm „ist es ein Rätsel, inwiefern sich ein Mensch, der diverse faschistische Personen und Massenorganisationen in Querfrontstrategien eingebunden hat und sie so salonfähig machte, um Berlin verdient gemacht haben soll. Vielmehr hat von Schleicher durch seine stetigen Ränkespiele und Geheimabsprachen (auch mit Adolf Hitler) die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert und zugleich die Aufrüstung Deutschlands vorangetrieben.“ Bader sieht von Schleicher sogar als „einen von mehreren überaus prominenten Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“, eine Anerkennung durch ein Ehrengrab sei somit unverdient.

Bei einer Rede vor dem Deutschen Bundestag 2003 bezeichnete Bernd Braun von der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg von Schleicher als „einen der entschiedensten Gegner Hitlers“. Eine längere Abhandlung über das Kabinett von Schleicher, die vom Bundesarchiv veröffentlicht wurde, liest sich etwas anders.

Zusammenfassend heißt es dort über von Schleicher: „Seiner eigenen Legende ist er, gemessen an dem, was er erreicht und was er verfehlt hat, nicht gerecht geworden; seiner politischen Maxime dagegen ist er treu geblieben. In den Intrigen des Januar 1933 wurde er mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Die politischen Irrtümer und Fehleinschätzungen, mit denen er zur autoritären Aushöhlung des Weimarer Verfassungsstaates beigetragen hatte, schlugen in seinem Sturz auf ihn selbst zurück.“



Als „Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“ bezeichnet ein Bezirksverordneter der Linksfraktion von Steglitz-Zehlendorf von Schleicher. *Foto: mauritius images / World Book Inc.*

Auf dem Parkfriedhof Lichterfelde in Steglitz-Zehlendorf liegt das Grab von Kurt von Schleicher, der [als letzter Reichskanzler der Weimarer Republik](#) bekannt ist. Seit einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 1978 ist es als Ehrengrab des Landes Berlin anerkannt, in diesem August soll die letzte Verlängerung auslaufen.

Doch die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf fordert nun mit Unterstützung der Linksfraktion, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr

zu verlängern und aus der Liste der Ehrengräber zu streichen. Von Schleicher gilt als umstrittene politische Figur: bis zum Januar 1933 war er Reichskanzler und direkt für die Ernennung seines Nachfolgers Adolf Hitler verantwortlich. Von Schleicher wurde zusammen mit seiner Ehefrau Elisabeth am 30. Juni 1934 von Angehörigen der SS in seiner Neubabelsberger Villa ermordet.

Wer genau die Grabstätte von Kurt von Schleicher pflegt, ist eine gute Frage. Sicher ist sich die grüne Bezirksstadträtin Maren Schellenberg da selbst nicht – das geht aus einer Anfrage des Linken-Abgeordneten Gerald Bader an das Bezirksamt hervor. In der Grabstättenakte sei vermerkt worden, dass die Grabpflege 1978 noch von Angehörigen oder einer beauftragten Firma übernommen wurde.

Zwanzig Jahre später wurde festgestellt, dass keine „gärtnerische Instandsetzung erforderlich sei.“ Seitdem, steht in der Anfrage, „ist davon auszugehen, dass die Pflege durch das Bezirksamt erfolgt.“

[Wenn Sie alle aktuellen Nachrichten live auf Ihr Handy haben wollen, empfehlen wir Ihnen unsere App, die Sie [hier für Apple- und Android-Geräte](#) herunterladen können.]

Auch über die Kosten ist man sich nicht ganz im Klaren. Die Stückkosten für die Pflege einer Grabstelle lagen 2019 bei 86,78 Euro. Die Summen variieren aber, „so dass weder für das Ehrengrab Kurt von Schleicher noch insgesamt für Ehrengräber eine Summe für das Bezirksamt genannt werden kann.“ Im Satz darauf dann die Info: Ein Ehrengrab kostet das Land Berlin etwa 800 Euro pro Jahr.

„Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler“

Bei den Gründen für die letztmalige Verlängerung des Nutzungsrechtes an der Grabstätte, die 2015 erfolgte, notiert das Bezirksamt nur trocken „Fehlanzeige“. Auch sieht es sich nicht zuständig für die Beurteilung der „wesentlichen Verdienste von Kurt von Schleicher, die ein Ehrengrab rechtfertigen“, und zitiert lediglich aus der Liste der Ehrengrabstätten des Landes, in der es trocken heißt: „Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler.“

Nun stört sich Gerald Bader von der Linksfraktion aber nicht vorrangig an den Kosten für das Ehrengrab. Ihm geht es um den „Status des Grabes innerhalb einer städtischen Gedenkkultur, und nicht um die Grabstätte an sich.“ Mit diesem heißen Thema will sich das Bezirksamt aber nicht befassen, und so antwortet Bezirksstadträtin Schellenberg auf die abschließende Frage, ob das Bezirksamt ein Ehrengrab für Kurt von Schleicher denn für berechtigt hält: „Es steht daher dem Bezirksamt nicht zu, eine Entscheidung des Senats von Berlin zu hinterfragen.“

„Aus unserer Sicht“, schreibt Gerald Bader, „wäre es nun an der Zeit, den [Ehrengrabstatus der Grabstätte](#) von Schleicher in diesem August auslaufen zu lassen. Die SPD-Fraktion hat bereits einen Antrag dahingehend auf den Weg gebracht, dem wir uns in der Forderung anschließen.“

In dem Antrag, der Anfang März im Bezirksausschuss für Bildung und Kultur behandelt werden soll, fordert die SPD, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern. „Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.“

Weiter heißt es in der Begründung: „Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er

gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.“

Von Schleicher habe durch Ränkespiele die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert

Gerald Bader sieht das ähnlich. Ihm „ist es ein Rätsel, inwiefern sich ein Mensch, der diverse faschistische Personen und Massenorganisationen in Querfrontstrategien eingebunden hat und sie so salonfähig machte, um Berlin verdient gemacht haben soll. Vielmehr hat von Schleicher durch seine stetigen Ränkespiele und Geheimabsprachen (auch mit Adolf Hitler) die [Stabilität der Weimarer Republik](#) unterminiert und zugleich die Aufrüstung Deutschlands vorangetrieben.“ Bader sieht von Schleicher sogar als „einen von mehreren überaus prominenten Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“, eine Anerkennung durch ein Ehrengrab sei somit unverdient.

Bei einer Rede vor dem Deutschen Bundestag 2003 bezeichnete Bernd Braun von der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg von Schleicher als „einen der entschiedensten Gegner Hitlers“. Eine längere Abhandlung über das Kabinett von Schleicher, die vom Bundesarchiv veröffentlicht wurde, liest sich etwas anders.

Zusammenfassend heißt es dort über von Schleicher: „Seiner eigenen Legende ist er, gemessen an dem, was er erreicht und was er verfehlt hat, nicht gerecht geworden; seiner politischen Maxime dagegen ist er treu geblieben. In den Intrigen des Januar 1933 wurde er mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Die politischen Irrtümer und Fehleinschätzungen, mit denen er zur autoritären Aushöhlung des Weimarer Verfassungsstaates beigetragen hatte, schlugen in seinem Sturz auf ihn selbst zurück.“

Ob sich die Anerkennung als Ehrengrab nun ebenfalls als Fehleinschätzung herausstellen wird, ist eine schwierige Frage, mit der sich zunächst der Bildungs- und Kulturausschuss der BVV am kommenden Mittwoch beschäftigen darf.

Aus: 27.02.2021, 21:52 Uhr bzw. Der Tagesspiegel, 28.02.2021, S. 10

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/letzter-reichskanzler-der-weimarer-republik-pflege-fuer-kurt-von-sleichers-grab-soll-nicht-mehr-vom-land-bezahlt-werden/26959160.html>

Drucksache - 2148/V BVV Berlin Steglitz-Zehlendorf

Betreff:	Kein Ehrengrab für Kurt von Schleicher	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	SPD-Fraktion	SPD-Fraktion
Verfasser:	1. Buchta 2. Dr. Stratievski	
Drucksache-Art:	Antrag	Antrag
Beratungsfolge:		

Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin

Vorberatung

17.02.2021

45. öffentliche Sitzung der
Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf

überwiesen

Ausschuss für Bildung und Kultur Empfehlung

03.03.2021

34. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und
Kultur

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass das Ehrengrab für Kurt von Schleicher auf dem Parkfriedhof Lichterfelde nicht mehr verlängert wird bzw. aus der Liste der Ehrengräber gestrichen wird. Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.

Begründung:

Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Kultur der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf am 02.03.2021

Name ▾	Art der Mitarbeit ▾	Herkunft ▾	seit ▾
Tom Cywinski	Ausschussmitglied	CDU	09.04.2019
Dr. Clemens Escher	stellv. Ausschussvorsitzende(r)	CDU	09.04.2019
Dr. Sabine Lehmann-Brauns	Ausschussmitglied	CDU	09.04.2019
Martin Kromm	Ausschussmitglied	SPD	28.03.2019
Ellinor Trenczek	Ausschussmitglied	SPD	28.03.2019
Carsten Berger	Ausschussmitglied	GRÜNE	10.04.2019
Lukas Uhde	Ausschussmitglied	GRÜNE	28.03.2019
Johann Trülzsch	Ausschussmitglied	AfD	28.03.2019
Mathia Specht-Happel	Ausschussvorsitzende(r)	FDP	28.03.2019
Hans-Walter Krause	Ausschussmitglied	LINKE	10.04.2019
André Tinibel	Bürgerdeputierte(r)	CDU (BD)	10.04.2019
Sabina Spindeldreier	Bürgerdeputierte(r)	CDU (BD)	28.03.2019
Alexander Niessen	Bürgerdeputierte(r)	SPD (BD)	15.05.2019
Dr. Detlef Meyer zu Heringdorf	Bürgerdeputierte(r)	GRÜNE (BD)	28.03.2019
Dennis Klein	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	CDU (Stellv. BD)	28.03.2019
Martina Bischof	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	CDU (Stellv. BD)	28.03.2019
Wibke Bronsch	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	SPD (Stellv. BD)	28.03.2019

*

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:

Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere Gesellschaft – für ein anderes Volk?

Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von Gallwitz, Georg Maercker

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf

Eine Ergänzung auf den Leitseiten ist in Arbeit!

06) ... und auch in anderen Bezirken Straßenumbenennungen, beispielsweise in Tempelhof-Schöneberg



Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin



**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht e.V. Berlin**

Postbank Berlin IBAN DE 26 100 100 10 0001199 101 BIC BNKDEFF
Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-Steglitz
Mo 10 – 12 Uhr und n.V. (Ruf: 030-257 97 533 mit AA und Fernabfrage); Fax auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com
www.westpreussen-berlin.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; **stv. Vors.:** Ute Breitsprecher
Schatzmeister: Dieter Kosbab Ruf: 030-661 24 22

24. Januar 2021 Hk

Offener Brief
**Zum Beschluss der BVV von Tempelhof-Schöneberg am 20.01.2021, den Kaiser-
Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen.**

Sehr geehrter Herr Olschewski,

wir „kennen“ uns aus meiner Tempelhofer bzw. vor allem aus meiner Tempelhof-Schöneberger Zeit (1982-2005) als Bezirklicher Planungsbeauftragter (BmBm-Plab). Daher wende ich mich in meinen „Offenen Brief“ zum BVV-Beschluss zur Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes direkt an Sie, in der Gewissheit, dass mein Schreiben dann nicht gleich kommentarlos in den Papierkorb wandert. Und unsere Erfahrungen, mit Parteien des „linken Spektrums“, über ihre Entscheidungen einen sachlichen demokratische Diskurs zu führen, sind schlecht: Man will nicht mit uns reden!

Als wir vor einigen Wochen von der Absicht des Herrn Bertram von Boxberg (Bündnis 90/Die Grünen) in der Presse lasen, dass er sich für diese Umbenennung einsetzt, hatte ich es nicht für möglich gehalten, dass es ihm und seiner Partei gelingen würde, die CDU und die FDP in die „rotgrüne Schmutzzone“ der Veränderung der Geschichtslandschaft zu ziehen, an der die „politische Linke“ seit Jahren, mangels anderer Probleme, arbeitet. Zu diesem Zeitpunkt äußerte Herr von Boxberg – scheinheilig, wie ich meine! – noch seine Verwunderung darüber, dass die CDU seinem tollen Vorschlag, einen CDU-Politiker mit dieser Umbenennung an einer herausragenden Stelle zu ehren, nicht folgen, sondern sich mit der Benennung eines Saales im Rathaus Schöneberg begnügen wolle.

Es ist äußerst bedauerlich, dass sich Ihre Fraktion diesem Vorhaben angeschlossen hat. Ja, es gibt eine Straße in Berlin-Lankwitz, die seit 1894 „Kaiser-Wilhelm-Straße“ heißt, ein Blick in deren Umgebung zeigt Ihnen auch, wohin in Zukunft die Reise in Schöneberg geht: die Umbenennung vieler Straßen im Umfeld des Nollendorfplatzes, und nicht nur, weil der Name dort auch vorhanden ist, sondern weil es sich um für bestimmte Kreise ungeliebte Namensgeber handelt! Wir sind tief enttäuscht darüber, dass die Parteien der BVV Tempelhof-Schöneberg sich dafür hergegeben haben, an diesem Ort im Zuge der „historischen Reichsstraße 1“, die nach Osten in die historischen ostdeutschen Landschaften Ost-Brandenburg, Pommern, Westpreußen und Ostpreußen führt, Ihre „einfältigen“ Ziele zu verwirklichen. Einfach statt Vielfalt!

Die Berliner CDU, so ihr Generalsekretär Stefan Evers am 22.01.2021 im Berliner „Tagesspiegel“ (Seite 8), „(habe) bereits vor einigen Jahren angeregt, den noch namenlosen Platz vor dem Roten Rathaus [Eberhard Diepgen legte immer Wert auf die Bezeichnung: „Berliner Rathaus“, Anm. R.H.] nach von Weizsäcker zu benennen...“ Die Fraktionen der BVV Tempelhof-Schöneberg waren nicht in Not.

Die Linke, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen – und nun auch CDU und FDP – sind bundesweit u.a. mit Umbenennungen in der Geschichtslandschaft aktiv, sie verfälschen unsere Geschichte und zugleich stehen sie für den Rückgang bei der Vermittlung von Geschichts- und Geographiekenntnissen in unserm Bildungssystem.

Eine Bürgerbeteiligung findet in den seltensten Fällen statt. Ein Beispiel bietet die Umbenennung der Mohrenstraße in Berlin-Mitte, wo Sozialdemokraten, Bündnis 90/Die Grünen und die Partei Die Linke sich einig waren, dann aber die Partei Die Linke ausscherte und eine Bürgerbeteiligung forderte; die bisherigen Bündnispartner setzten sich dann dort über diese – immerhin aner kennenswerte Forderung – ihres bisherigen Partners hinweg und setzten die Umbenennung der Mohrenstraße mit Mehrheitsbeschluss ihrer Stimmen in der BVV von Berlin-Mitte durch.

Herr von Boxberg ist mir aus meiner Zwölf-Apostel-Kirchengemeinde, wo er aner kennenswerterweise seit Jahren gute Arbeit für die historischen Friedhöfe der Gemeinde leistet, bekannt. Neuerdings hat sich Herr von Boxberg auch in die „AG Berliner Ehrengräber“ eingebracht, in der wir daran arbeiten, selbstherrliche, intransparente Entscheidungen von RotRotGrün zu hinterfragen, denen in den letzten Jahren eine Vielzahl von Ehrengräbern zum Opfer gefallen sind: Ehre nicht auf Zeit, sondern für immer ist die Forderung der AG Berliner Ehrengräber. Und da will Herr von Boxberg mitziehen, dem so viel an Straßenumbenennungen liegt? Misstrauen ist angebracht (<https://www.langhans-gesellschaft.org/ehrengrab/ag-berliner-ehrengraeber/>).

Diese AG Berliner Ehrengräber geht auf eine Initiative des ehemaligen Leitenden Baudirektors von Kreuzberg, Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Liebehenschel (SPD) zurück, der bei Forschungen zu seinen schlesischen Landsleuten auf das Problem der Beseitigung von Ehrengräbern ohne Beteiligung der Öffentlichkeit aufmerksam wurde und auch die Begründungen für die Löschung der Ehrengräber – kein Bekanntheitsgrad und hohe Kosten – für „irre und herbeigezogen“ hält.

Auch wir Westpreußen sind davon betroffen, beispielsweise durch den Wegfall des Ehrengrabes für Hugo Conwentz (*1855 Sankt Albrecht bei Danzig – †1922 Berlin) auf dem Stahnsdorfer Friedhof im Jahre 2014 (sein Grab war ursprünglich auf dem Alten Matthäus-Friedhof in Schöneberg und wurde 1938/39 auf Grund der „Germania-Planungen von Albert Speer 1938/1939 nach Stahnsdorf umgebettet). Im Jahre 2005 führten wir zum 150. Geburtstag von Hugo Conwentz eine Tagung im Botanischen Garten durch, auf dem Stahnsdorfer Friedhof hielten wir mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf eine Feierstunde an seinem Grabe ab, Frau Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen, SPD, hielt die Gedenkrede. Vorher hatte die Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin die gestohlene Bronzeskulptur zu Conwentz in der Bildgießerei Noack nachgießen lassen.

Hugo Conwentz gilt als Begründer des Staatlichen Naturschutzes, er wurde Direktor der 1906 in Danzig gegründeten „Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen“, die 1911 nach Schöneberg umzog. An dem Gebäude in der Grunewaldstraße gibt es nur eine Gedenktafel für seinen Sekretär (!), nicht für ihn, auch an seinem letzten Wohnhaus in der Schöneberger Wartburgstraße gibt es noch keine Gedenktafel!

Ich rege an, dass Sie/sie sich für die Gedenktafel(n) zur Erinnerung an Hugo Conwentz einsetzen. Sie können sich dabei auf den § 96 des „Bundesvertriebenengesetzes – BVFG“ berufen, nach dem Bund, Länder, Gemeinden usw. zur Pflege des ostdeutschen Kulturgutes verpflichtet sind!

Die aktuellen bundesweiten Umbenennungswellen werden weitergehen. Der Kaiser-Wilhelm-Platz – ach ja, wenige Anwohner, wenige Proteste – wird nicht die letzte Aktion dieser Art sein, sie wird fortgesetzt werden, natürlich ohne Bürger (wenn diese anderer Meinung sein sollten) – und die CDU kann sagen: wir sind dabei!

Wir haben in diesem Land, in dieser Stadt, in diesem Bezirk, so viele andere Probleme: Errungenschaften der Kaiserzeit (Toilettenanlagen, Postämter usw.) werden beseitigt, man könnte sich u.a. beschäftigen mit kaputten Schulen und Straßen und Brücken, unzureichenden Planungen im Verkehrswesen und beim Wohnungsbau u.a.m.

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen

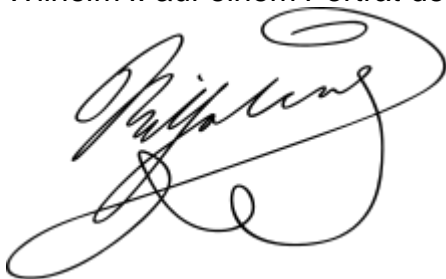
Reinhard M. W. Hanke, Vorsitzender

[https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_I._\(Deutsches_Reich\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_I._(Deutsches_Reich))

Wilhelm I. (Deutsches Reich)



Wilhelm I. auf einem Porträt des Hoffotografen [Wilhelm Kuntzemüller](#) (1884)



Wilhelm I., mit vollem Namen **Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen** (* [22. März 1797](#) in [Berlin](#); † [9. März 1888](#) ebenda), aus dem [Haus Hohenzollern](#) war von 1861 bis zu seinem Tod [König von Preußen](#) und seit der [Reichsgründung](#) 1871 erster [Deutscher Kaiser](#).

Nach der Herrschaftsübernahme für seinen erkrankten Bruder [Friedrich Wilhelm IV.](#) wandelte Wilhelm sich 1858 vom konservativen [Kartätschenprinz](#) der [Märzrevolution](#) zum liberalen [Prinzregenten](#) der [Neuen Ära](#). Am 18. Oktober 1861 krönte er sich im [Königsberger Schloss](#) zum [König von Preußen](#). Die Regierungsgeschäfte überließ er weitgehend seinem Ministerpräsidenten und späteren Reichskanzler [Otto von Bismarck](#). Nach den

[Einigungskriegen](#) und der [Reichsgründung](#) wurde Wilhelm am 18. Januar 1871 im [Schloss Versailles](#) zum [Deutschen Kaiser](#) proklamiert. In den folgenden Jahren gewann er im jungen Nationalstaat große Popularität.



Inhaltsverzeichnis

- [1 Herkunft und frühe Jahre](#)
- [2 Ehe und Kinder](#)
- [3 Prinz von Preußen](#)
 - [3.1 Märzrevolution](#)
 - [3.2 Flucht nach London](#)
 - [3.3 Rückkehr nach Berlin](#)
 - [3.4 Koblenzer Jahre](#)
 - [3.5 Neue Ära](#)
 - [3.6 Freimaurerei](#)
- [4 König von Preußen](#)
 - [4.1 Krönung in Königsberg](#)
 - [4.2 Politik als König](#)
 - [4.3 Einigungskriege](#)
- [5 Deutscher Kaiser](#)
 - [5.1 Proklamation in Versailles](#)
 - [5.2 Politik als Kaiser](#)
 - [5.3 Späte Jahre und Tod](#)
- [6 Ziel von Attentaten](#)
- [7 Denkmäler und Ehrungen](#)
- [8 Dynastische Verbindungen](#)
- [9 Literatur](#)
- [10 Weblinks](#)
- [11 Einzelnachweise](#)

Herkunft und frühe Jahre



Königin [Luise](#) mit Prinz Wilhelm (links) und Kronprinz [Friedrich Wilhelm](#) (rechts), Gemälde von [Carl Steffek](#), 1886

Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen war der zweite Sohn des [Kronprinzenpaares Friedrich Wilhelm von Preußen](#) und [Luise von Mecklenburg-Strelitz](#), Tochter des Herzogs [Karl II. von Mecklenburg-Strelitz](#). Der Vater bestieg noch im Jahr von Wilhelms Geburt den preußischen Königsthron. Die [Erziehung](#) des Prinzen übernahm [Johann Friedrich Gottlieb Delbrück](#), der zuvor Rektor des [Magdeburger Pädagogiums](#) gewesen war.

Bis zum [Krieg mit Frankreich](#) verbrachte Wilhelm an der Seite seines älteren Bruders Friedrich Wilhelm eine glückliche Kindheit. Die Idylle zerbrach 1806 infolge der verheerenden Niederlage Preußens und der winterlichen Flucht der Herrscherfamilie nach [Ostpreußen](#). Sein Vater stellte Wilhelm traditionsgemäß an seinem zehnten Geburtstag als [Fähnrich](#) in das [Regiment Garde zu Fuß](#) ein. Der frühe Tod seiner Mutter Luise traf den 13-jährigen Wilhelm tief.

Ab März 1813 hatte Wilhelm einen neuen Erzieher in Gestalt des preußischen Oberst [Johann Georg Emil von Brause](#) erhalten, der ihm auch nach dem Ausscheiden aus der Gouverneursstellung im September 1817 in väterlicher Freundschaft lebenslang verbunden blieb.^[1] Seit Mai 1814 im Rang eines [Majors](#) begleitete Wilhelm seinen Vater im [Feldzug in Frankreich](#), wobei er an den Schlachten bei [La Rothière](#), [Arcis-sur-Aube](#), [Bar-sur-Aube](#) und [Paris](#) teilnahm. Bei Bar-sur-Aube hatte Wilhelm am 26. Februar 1814 zum ersten Mal im feindlichen Feuer gestanden. Für seinen Mut verlieh ihm am 38. Geburtstag seiner Mutter der Vater das [Eiserne Kreuz](#) II. Klasse.^[2]

Am 31. März zog Wilhelm mit seinem Vater in [Paris](#) ein. Er begleitete ihn auch beim Besuch in [England](#) und folgte ihm nach der endgültigen Niederlage [Napoleons](#) im Juli 1815 nach Paris. Am 1. Januar 1816 erhielt er das Kommando des [Stettiner](#) Gardelandwehrebataillons, 1818 als [Generalmajor](#) das Kommando einer Gardeinfanteriebrigade, am 1. Mai 1820 den Oberbefehl über die [1. Gardedivision](#) und wurde zum [Generalleutnant](#) befördert. Am 22. März 1824 übernahm Wilhelm die Führung des [III. Armeekorps](#), schließlich kommandierte er von 30. März 1838 bis 22. Mai 1848 das [Gardekorps](#).

Auch in Staatsangelegenheiten wurde er vom König zur Beratung herangezogen. Wiederholt wurde er in Staats- und Familienangelegenheiten an den [Petersburger Hof](#) gesandt.

Ehe und Kinder



[Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach](#)

Nachdem er 1826 auf die Heirat mit der Prinzessin [Elisa Radziwiłł](#) verzichtet hatte, weil diese vom König nicht als ebenbürtige Partnerin eines preußischen Prinzen angesehen wurde, vermählte er sich am 11. Juni 1829 mit der Prinzessin [Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach](#), der Tochter des Großherzogs [Karl Friedrich](#) von [Sachsen-Weimar-Eisenach](#), deren Schwester Maria die Gemahlin seines jüngeren Bruders Karl war.

Die Ehe kam letztendlich auf Betreiben seines Vaters zustande und verlief nicht sonderlich glücklich. Ihm gelang es jedoch, seine Liebschaften sowohl vor seiner Frau als auch vor der Öffentlichkeit verborgen zu halten.

Aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor:

- [Friedrich Wilhelm](#) (1831–1888) ⚭ 1858 Prinzessin [Victoria von Großbritannien und Irland](#) (Tochter von [Königin Victoria](#))
- [Luise](#) (1838–1923) ⚭ 1856 Großherzog [Friedrich I.](#) von [Baden](#)

Zwei Fehlgeburten verhinderten weitere Kinder.

Als Sommerresidenz diente Wilhelm und Augusta seit 1835 das [Schloss Babelsberg](#) in Potsdam, als Winterresidenz seit 1837 das heutige [Alte Palais](#) in Berlin.

Prinz von Preußen



Ausritt des Prinzen Wilhelm von Preußen in Begleitung des Malers,
Gemälde von [Franz Krüger](#), 1836



König [Friedrich Wilhelm IV.](#), Bruder Wilhelms I.



[Märzrevolution 1848 in Berlin](#)



[Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen](#)

Märzrevolution

Nachdem die Frau des Kronprinzen, [Elisabeth Ludovika von Bayern](#), in Folge einer 1828 erlittenen Fehlgeburt, unfruchtbar geworden war,^[3] hatte Friedrich Wilhelm III. seinen zweitgeborenen Sohn, Wilhelm, zum vorläufigen Nachfolger des späteren Königs bestimmt.^[4] Mit dem Tod seines Vaters im Jahr 1840 erhielt Wilhelm als [präsumtiver](#) Thronfolger seines Bruders, des nunmehrigen Königs [Friedrich Wilhelm IV.](#), den Titel [Prinz von Preußen](#).^[5] und wurde bald darauf zum [General](#) der [Infanterie](#) befördert.

Laut Forschungen [Rüdiger Hachtmanns](#) von 1997 blieb dem preußischen Militär am 19. März 1848 angesichts der heftigen *Berliner Barrikadenkämpfe* nur der Weg des Rückzugs, wollte es unter dem zermürbenden Straßenkampf nicht nach und nach aufgerieben, politisiert oder nervlich zerrüttet werden. Der Prinz von Preußen war wegen seines Plädoyers für eine militärische Lösung bei den Anhängern der Revolution derart verhasst, dass er vom taktierenden König den Befehl erhielt, umgehend nach London zu reisen.

Durch sein unentschlossenes Schwanken zwischen militärischer und diplomatischer Lösung trug Friedrich Wilhelm IV. maßgebliche Verantwortung für die Eskalation. Er wurde von der Berliner Öffentlichkeit aber weniger für den Barrikadenkampf verantwortlich gemacht als Prinz Wilhelm, obwohl Wilhelm bereits am 10. März 1848 vom König zum Generalgouverneur der Rheinarmee ernannt worden war und somit keine Befehlsgewalt über die in und um Berlin stationierten Truppen innehatte. Die Tatsache, dass [Karl von Prittwitz](#) speziell den Einsatz von [Kartätschkugeln](#) genehmigt hatte, wurde fälschlicherweise auf Wilhelm zurückgeführt. Bereits am 12. Mai polemisierte der [Auskultator Maximilian Dortu](#) in einer Rede Wilhelm als „Kartätschenprinzen“, diese Verspottung wurde in der Folge von

einer Vielzahl an Zeitungen aufgegriffen. Am 19. März floh Wilhelm in die [Spandauer Zitadelle](#) und in den folgenden Tagen ins Exil nach London. In Regierungskreisen wurde zu diesem Zeitpunkt darüber debattiert, ob Wilhelm zu Gunsten seines Sohnes, des späteren Kaisers [Friedrich III.](#), von der königlichen Nachfolge ausgeschlossen werden sollte.^[6]

Den Befehl zur Beendigung des „Skandals“ – der Protestdemonstration der Bevölkerung – auf dem Berliner Schlossplatz am 18. März gab zwar Friedrich Wilhelm IV. selbst. Aber dass sein Militär diesen Befehl in einer Weise auslegte, die den Einsatz von Schusswaffen beinhaltete, wurde fälschlicherweise vor allem dem „Prinz von Preußen“, dem späteren Kaiser Wilhelm I. angelastet. Die Tatsache, dass Friedrich Wilhelm IV., verunsichert durch die Eskalation und um eine politische Lösung bemüht, seinem Bruder, vor dem Feindbild der aufgebrachtten Massen, nahelegte, für eine befristete Zeit außer Landes zu gehen, wurde später zu einer Legende umgestrickt und als „Verbannung“ dargestellt. Aber der Aufforderung seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. kam Wilhelm nicht aufgrund von so etwas wie einer Verbannung nach. In Verkleidung als Kaufmann, ging Wilhelm in quasi „geheimer Mission“ nach England, allerdings nicht ohne dem König von Preußen seine Verachtung ausgedrückt zu haben. Zugleich bekannte sich Wilhelm dazu, damit Preußen und der Monarchie zu dienen und sie zu bewahren, eine Aufgabe, für die – seiner Ansicht nach – „kein Opfer groß genug“ sein könne.^[7]

Flucht nach London

Der Prinz floh mit Hilfe des Majors im Stab des Gardekorps [August Oelrichs](#) (1801–1868) aus Berlin und reiste unter dem [Decknamen](#) *Wilhelm Oelrichs* am 23. und 24. März unter Mithilfe von [William O'Swald](#) nach [London](#). Bei der Abreise soll Augusta den Major schriftlich instruiert haben, „welche Ansichten“ er „dem Prinzen gegenüber geltend zu machen habe“.^[8] In London verkehrte Wilhelm mit [Prinzgemahl Albert](#), [Robert Peel](#), [John Russell](#), [Henry John Palmerston](#) und anderen Staatsmännern und klärte seine politischen Anschauungen. An den deutschen Einheitsbestrebungen nahm er lebhaften Anteil. Die Berliner sangen derweil Spottlieder auf ihn:

Schlächtermeister Prinz von Preußen
komm doch, komm doch nach Berlin!
Wir wollen dich mit Steinen schmeißen
und die Barrikaden ziehn.

Der Berliner Barrikadenkampf gehörte mit 300 toten Demonstranten zu den verlustreichsten Unruhen der Märzrevolution. König Friedrich Wilhelm IV. wies später jede Verantwortung von sich und verbreitete im Manifest *An meine lieben Berliner* stattdessen das abstruse Gerücht von einer angeblichen ausländischen Verschwörung.^[9]

Rückkehr nach Berlin

Prinzessin Augusta weilte derweil mit den zwei Kindern in Potsdam. Anfang Juni kehrte Wilhelm nach Berlin zurück. Am 30. Mai hatte sich der Prinz in Brüssel öffentlich und schriftlich zur konstitutionellen Regierungsform für Preußen bekannt und so auf die Demonstration von 10.000 Berlinern gegen seine Rückkehr reagiert. Zum Abgeordneten in die preußische Nationalversammlung gewählt, nahm er zwar das Mandat an, aber, nachdem er in einer kurzen Rede seine konstitutionellen Grundsätze dargelegt hatte, kündigte er die Niederlegung seines Abgeordnetenmandats an und kehrte nach Potsdam zurück. Im September ernannte der König auf seinen Vorschlag einige Minister des neuen gegenrevolutionären Ministeriums des Generals [Ernst von Pffel](#).

Am 8. Juni 1849 ernannte der [Reichsverweser Johann von Österreich](#) Wilhelm zum Oberkommandierenden der „Operationsarmee in [Baden](#) und in der [Pfalz](#)“, die aus den preußischen Korps [Hirschfeld](#) und [Groeben](#) und dem [Neckarkorps](#) des Deutschen Bundes bestand. Aufgabe war die Niederschlagung der Revolutionen in der [Pfalz](#) und in [Baden](#). Nachdem Wilhelm am 12. Juni bei [Ingelheim](#) einem ersten [Attentat](#) entgangen war, unterwarf die Operationsarmee in wenigen Wochen die Aufständischen. Seit dem Feldzug gehörte der damalige Stabschef Hirschfelds und spätere Heeresreformer [Albrecht von Roon](#) zu Wilhelms persönlichem Umkreis. Mit der Einnahme der [Festung Rastatt](#), der letzten [Bastion](#) der Revolutionäre, wurde zugleich auch die Märzrevolution in Deutschland endgültig niedergeschlagen. Die Siegesfeier fand mit dem gemeinsamen Einzug des Großherzogs [Leopold von Baden](#) und Wilhelms am 19. August in [Karlsruhe](#) statt.

Koblenzer Jahre

Am 12. Oktober zog er an der Spitze von Truppen, die in Baden gekämpft hatten, in Berlin ein und wurde zum Generalgouverneur der [Rheinprovinz](#) und der [Provinz Westfalen](#) ernannt. Seinen Wohnsitz nahm er in [Koblenz](#), der Hauptstadt der Rheinprovinz.^[5] 1854 wurde er zugleich [Generaloberst](#) der Infanterie mit dem Rang eines [Generalfeldmarschalls](#) und [Gouverneurs](#) der [Festung Mainz](#).

In Koblenz residierten Augusta und Wilhelm von Preußen gemeinsam von 1850 bis 1858 im [Kurfürstlichen Schloss](#). Insbesondere Prinzessin Augusta fühlte sich in dieser Stadt wohl; hier hatte sie endlich die Gelegenheit, ein Hofleben zu gestalten, wie sie es aus ihrer Kindheit am Weimarer Hof gewöhnt war. Ihr Sohn [Friedrich](#) studierte im nahen [Bonn](#) Rechtswissenschaften und war damit der erste preußische Thronfolger, der eine akademische Ausbildung erhielt. Auch daran war Augustas Einfluss maßgeblich beteiligt.

Am Koblenzer Hof verkehrten insbesondere auf das Betreiben von Prinzessin Augusta hin liberale Menschen wie der Historiker [Maximilian Duncker](#), die Rechtsprofessoren [Moritz August von Bethmann-Hollweg](#) und [Clemens Theodor Perthes](#) sowie [Alexander von Schleinitz](#).^[5] Auch Wilhelm nahm unter dem Eindruck der 1848er Revolte eine politisch gemäßigtere Haltung an, die bei seinem regierenden Bruder auf Unwillen stieß. Kritisch wurde Prinzessin Augustas tolerante Haltung gegenüber dem Katholizismus beobachtet, die in der Koblenzer Zeit besonders offensichtlich wurde – eine Haltung, die man in einer Zeit, als die religiöse Konfession noch eine große Bedeutung hatte, bei einer preußisch-protestantischen Prinzessin als unpassend empfand.

Neue Ära

Die früher dem Prinzen ungünstige Stimmung war infolge seiner Zurückhaltung gegenüber den extremen Positionen der politischen und kirchlichen Reaktion und des Junkertums so sehr in das Gegenteil umgeschlagen, dass er, besonders seit den Verwicklungen mit [Österreich](#) und seit dem [Krimkrieg](#), als Hauptvertreter der Machtstellung [Preußens](#) galt, und dass alle Hoffnungen der patriotischen und liberalen Partei sich ihm zuwandten, als er während der Erkrankung des Königs am 23. Oktober 1857 als dessen Stellvertreter und ab 7. Oktober 1858 als Prinzregent an die Spitze der Regierung trat. Nachdem er am 26. Oktober gemäß Art. 58 der [Preußischen Verfassung](#) den Eid auf die Verfassung geleistet hatte, berief er am 5. November das [liberale Ministerium Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen](#) („[Neue Ära](#)“) und legte am 8. November in einem Erlass an dieses seine Regierungsgrundsätze und Ziele dar.

Zwar betonte er, dass von einem Bruch mit der Vergangenheit nicht die Rede sein könne; er erklärte sich aber entschieden gegen alle Scheinheiligkeit und Heuchelei; ebenso sprach

er sich dagegen aus, dass Preußen sich in der auswärtigen Politik fremden Einflüssen hingebende, vielmehr müsse es durch eine weise Gesetzgebung, Hebung aller sittlichen Elemente und Ergreifung von Einigungsmomenten in Deutschland Eroberungen zu machen suchen. Diese Aussagen fanden im Volk und bei dem neu gewählten, überwiegend liberalen Abgeordnetenhaus Beifall, da vor allem der Einfluss der kirchlichen Reaktion und die [russische](#) Politik Friedrich Wilhelms IV. Unwillen hervorgerufen hatten, und wurden fast allein beachtet; viel zu wenig dagegen die Worte des Prinzen, in denen er von der notwendigen Heeresreform und den dazu erforderlichen Geldmitteln sprach, da Preußens Heer mächtig und angesehen sein müsse, wenn Preußen seine Aufgabe erfüllen solle.

Dies sah der Prinz als seine Hauptaufgabe an, und der Verlauf der Ereignisse von 1859, als die [Mobilmachung](#) auf große Schwierigkeiten stieß und bedeutende Mängel im Heerwesen aufdeckte, konnte ihn nur darin bestärken. Die Majorität des Abgeordnetenhauses war jedoch nicht bereit, im Vertrauen auf des Prinzen konstitutionelle und deutsch-nationale Gesinnung und Politik die Mehrkosten der 1860 eingebrachten durchgreifenden Heeresreorganisation definitiv zu bewilligen.

Freimaurerei

Wilhelm wurde als Prinz von Preußen am 22. Mai 1840 in einer gemeinsamen Veranstaltung aller preußischer [Großlogen](#) ([Große Landesloge](#), [Große National-Mutterloge](#), [Royal York zur Freundschaft](#)) in die [Freimaurerei](#) aufgenommen. Die Aufnahme leitete der damalige Ordens-Unterarchitekt [Wilhelm Ludwig Viktor Graf Henckel von Donnersmarck](#) im Namen der Großen Landesloge. Wilhelms Vater stimmte dem unter der Bedingung zu, dass er auch das Protektorat über die drei Großlogen übernahm, das 1774 [Friedrich der Große](#) begründet hatte.

Am 22. Oktober 1840 wurde Prinz Wilhelm in das Ordenskapitel „Indissolubilis“ aufgenommen, ebenfalls durch Graf Henckel von Donnersmarck, da der amtierende Ordensmeister erkrankt war.

Am 26. Dezember 1841 wurde Prinz Wilhelm zum Ordens-Unterarchitekten, dem dritthöchsten Amt innerhalb der Großen Landesloge, ernannt. Er legte das Amt aber am 15. Juli 1842 nieder, um seine Neutralität als Protektor gegenüber den anderen beiden Großlogen nicht zu gefährden.

König von Preußen



Karikatur Wilhelms I. von [Thomas Nast](#)

Krönung in Königsberg



Krönung Wilhelms I. zum König in Königsberg,
Gemälde von [Adolph Menzel](#), 1861

Nach dem Tod seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. am 2. Januar 1861 bestieg Wilhelm den preußischen Thron. Mit der von ihm selbst auf eigene Kosten veranstalteten Krönung meinte Wilhelm einen Kompromiss zwischen der nicht in der Verfassung vorgesehenen, aber von ihm gewünschten Erb[huldigung](#), und der dort vorgeschriebenen Eidesleistung im Parlament gefunden zu haben.^[10] Im *Aufruf an mein Volk* vom 8. Januar 1861 bekräftigte er seine Treue zum Eid auf die Verfassung, den er bereits 1858 als Prinzregent abgelegt hatte. Am 18. Oktober 1861 fand die prachtvolle Krönungsversammlung in [Königsberg](#) in der [Schlosskirche](#) statt.

Wilhelm setzte sich selbst die Krone aufs Haupt, nahm das Zepter und das Reichsschwert vom Altar und hob sie mit ausgestreckten Armen in die Höhe. Diesen Moment, den Höhepunkt der Krönung, stellte [Adolph Menzel](#) in seinem Gemälde „Krönung Wilhelms I.“ dar (in gleicher Weise zeigte später eine Statue den König auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz in Königsberg). Eine [Salbung](#) hatte nicht stattgefunden. Danach krönte er seine Frau zur Königin. Zum Abschluss der Feiern sagte Wilhelm im Thronsaal des [Königsberger Schlosses](#): „Von Gottes Gnaden tragen Preußens Könige seit 160 Jahren die Krone. Nachdem durch zeitgemäße Einrichtungen der Thron umgeben ist, besteige ich als erster König denselben. Aber eingedenk, daß die Krone nur von Gott kommt, habe ich durch die Krönung an geheiligter Stätte bekundet, daß ich sie in Demut aus seinen Händen empfangen habe.“^[11]

Politik als König



[Otto von Bismarck](#)

Die Neuwahlen am 6. Dezember 1861 wurden durch die neu gegründete Deutsche Fortschrittspartei sehr deutlich gewonnen (auf Anhieb mit 104 Abgeordneten in der Kammer). Mit dem Rücktritt des Ministeriums der Neuen Ära (17. März 1862), das der König fallen ließ, weil es im Abgeordnetenhaus die Bewilligung der Mittel für die tatsächlich bereits durchgeführte Heeresreorganisation nicht erreichen konnte, begann der [Verfassungskonflikt](#). Der König hielt zäh an der Heeresreform fest, auch weil er die staatsrechtliche Grundsatzfrage des Verhältnisses von König und Parlament berührt sah. Da er sich in seinen Machtbefugnissen als [souveräner](#) Herrscher in Frage gestellt sah, dachte er zeitweise sogar an Abdankung. Die entsprechende Urkunde war bereits unterzeichnet, als Otto von Bismarck – auf Initiative des Kriegsministers [Albrecht von Roon](#) – den König von diesem Schritt abhielt. Bismarck erklärte sich bereit, als Ministerpräsident auch ohne genehmigten Haushalt ([Lückentheorie](#)) zu regieren und die Heeresreform durchzusetzen.

Durch die Ernennung [Bismarcks](#) zum preußischen Ministerpräsidenten am 23. September 1862 und die Unterstützung seines Ministeriums gegen das Abgeordnetenhaus verlor der König seine frühere Popularität, wie sich besonders bei den 50-jährigen Erinnerungsfesten an die Befreiungskriege 1863 und an die Vereinigung verschiedener Provinzen mit Preußen 1865 zeigte. Während zugleich die Reformen im Innern völlig stockten, ja vielfach ein schroffes Polizeiregiment zur Herrschaft kam, ließ sich der König von Bismarck zu einer entschiedenen Politik in der deutschen Frage bestimmen. Erfolge in der Deutschlandpolitik sollten von dem autoritären Regiment im Inneren ablenken und die politischen Gegner mit der Zeit ins eigene Lager ziehen.

Im Jahr 1866 bot die durch den gewonnenen Deutschen Krieg ausgelöste patriotische Begeisterung eine günstige Gelegenheit zur Beendigung des Verfassungskonflikts. Durch die [Indemnitätsvorlage](#) von 1866 genehmigte der preußische Landtag nachträglich die Staatshaushalte seit 1862. Wilhelm lenkte wieder stärker in liberale Bahnen ein. Die verhassten Minister der Konfliktperiode wurden entlassen und machten Anhängern einer freisinnigen Reform Platz. Mit der Gründung des [Norddeutschen Bundes](#) vom 1. Juli 1867 wurde Wilhelm der Inhaber des [Bundespräsidiums](#).

Einigungskriege



Nach der Schlacht bei Königgrätz, Gemälde von [Emil Hünten](#), 1886



Nach der Schlacht bei Sedan, Gemälde von [Carl Steffek](#), 1884

Die erste Gelegenheit zu Erfolgen in der Deutschlandpolitik bot der [Deutsch-Dänische Krieg](#) von 1864, in dem Preußen und Österreich gemeinsam als Wahrer deutscher Interessen in den mit Dänemark verbundenen Herzogtümern Schleswig und Holstein auftraten. Wie von Bismarck kalkuliert, kam es nach dem Sieg über die weitere Behandlung Schleswig-Holsteins zum Konflikt mit Österreich, mit dem Preußen damals noch immer um die Führung im [Deutschen Bund](#) konkurrierte. Der König erhielt das Siegestelegramm von der [Schlacht bei Düppel](#) auf der Rückfahrt von einer Truppeninspektion auf dem [Tempelhofer Feld](#). Augenblicklich kehrte er um, um den Soldaten die Siegesbotschaft zu verkünden. Im Anschluss fuhr er zum Kriegsschauplatz, wo er am 21. April 1864, bei einer Parade auf einer Koppel zwischen [Gravenstein](#) und [Atzbüll](#), den „Düppelstürmern“ persönlich dankte.^[12]

Obwohl Wilhelm zunächst nur widerstrebend Bismarcks Politik gefolgt war, eine kriegerische Entscheidung gegen Österreich zu suchen, übernahm er im [Deutschen Krieg](#) von 1866 selbst den Oberbefehl über das Heer und errang dank der überlegenen [strategischen](#) Planung des Generalstabschefs [Helmuth von Moltke](#) den kriegsentscheidenden Sieg in der [Schlacht von Königgrätz](#). Bei den Friedensverhandlungen folgte er wiederum Bismarcks Rat und verzichtete, wenn auch ungern, auf die [Annexion Sachsens](#), um Bismarcks deutsche Einigungspläne nicht zu durchkreuzen.

Im [Deutsch-Französischen Krieg](#) von 1870/71 übernahm Wilhelm wieder den Oberbefehl über die gesamte in Frankreich einrückende Armee, befehligte selbst bei [Gravelotte](#) und bei der [Schlacht bei Sedan](#); zudem leitete er von Oktober 1870 bis März 1871 von [Versailles](#) aus nominell die militärischen Operationen und die politischen Verhandlungen über die Gründung des Deutschen Reichs. Tatsächlich spielte auch hierbei Bismarck die wesentliche Rolle. Im November 1870 unterzeichnete der bayerische König [Ludwig II.](#) den von Bismarck verfassten [Kaiserbrief](#). Wilhelm war nur schwer davon zu überzeugen, Preußen künftig in einem gesamtdeutschen Nationalstaat aufgehen zu lassen, auch wenn er selbst an dessen Spitze treten sollte. Der Annahme des Titels [Deutscher Kaiser](#) widersetzte er sich noch bis zum Vorabend der Kaiserproklamation im [Spiegelsaal von Versailles](#), die am 18. Januar 1871 stattfand.

Deutscher Kaiser

Proklamation in Versailles



Proklamierung des Deutschen Kaiserreiches, Gemälde von [Anton von Werner](#), 1885

Durch die [Kaiserproklamation](#), die am 18. Januar 1871, dem 170. Jahrestag der [Königskrönung Friedrichs III. von Brandenburg](#), im Spiegelsaal des [Schlosses von Versailles](#) stattfand, nahm Wilhelm für sich und seine Nachfolger zur Krone Preußens den Titel eines *Deutschen Kaisers* an und versprach, „allzeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung“. Der Proklamation war ein erbitterter Streit über den Titel zwischen Bismarck und König Wilhelm vorausgegangen. Wilhelm fürchtete, dass die deutsche Kaiserkrone die preußische Königskrone überschatten würde. Am Vorabend der Proklamation meinte er:

„Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens! Da tragen wir das preußische Königtum zu Grabe.“

– Wilhelm I.

Wilhelm war wenig motiviert, Kaiser zu werden; er achtete den Titel des preußischen Königs höher. Ob er nun „Deutscher Kaiser“ oder „Kaiser von Deutschland“ heißen sollte, blieb unentschieden. Der badische Großherzog [Friedrich I.](#), sein Schwiegersohn, löste das Problem, das noch am Morgen der Proklamation ungeklärt war, indem er einfach ein Hoch auf „Kaiser Wilhelm“ ausbrachte und die heikle Titelfrage umging.^[13] Letztlich blieb es bei der von Bismarck mit Rücksicht auf die deutschen Fürsten gewählten Bezeichnung „Deutscher Kaiser“. Der Kaiser war so verbittert, dass er Bismarck nicht einmal die Hand gab. Am 16. Juni 1871 hielt er seinen glänzenden Einzug in Berlin.

Politik als Kaiser



Wilhelm I. in Uniform mit Orden und [Pickelhaube](#), 1884

Wilhelm akzeptierte aber letztlich, dass die Politik des neuen Deutschen Reiches von Bismarck bestimmt wurde. Das zeigen ihm zugeschriebene Aussprüche wie „Bismarck ist wichtiger“ oder:

„Es ist nicht leicht, unter einem solchen Kanzler Kaiser zu sein.“

– Wilhelm I. ^[14]

In Übereinstimmung mit Bismarck war er bemüht, den äußeren Frieden durch Bündnisse mit den Nachbarmächten (außer Frankreich) zu sichern. Zu diesem Zweck brachte er im September 1872 in Berlin im sogenannten [Dreikaisertreffen](#) den [Dreikaiserbund](#) zwischen dem [Deutschen Reich](#), Russland und [Österreich-Ungarn](#) zustande, der die beiden letzteren Mächte einander annäherte und Frankreich politisch isolierte. Besuche des Kaisers in St. Petersburg und Wien 1873 und in Mailand 1875 dienten der weiteren Unterstützung dieser außenpolitischen Annäherung.

Eine andere – vor allem ehrenvolle – außenpolitische Aufgabe fiel dem Kaiser 1871 zu, als er um Vermittlung zwischen den [USA](#) und [Großbritannien](#) im sogenannten [Schweinekonflikt](#) gebeten wurde. Mit seiner Entscheidung vom 21. Oktober 1872 zugunsten der USA beendete er den bereits seit 13 Jahren andauernden Grenzkonflikt zwischen dem US-Bundesstaat [Washington](#) und dem kanadischen [British Columbia](#). 1878 begründete Wilhelm die [Generalstabsstiftung](#).

Späte Jahre und Tod



Trauerzug für Wilhelm I. im [Berliner Lustgarten](#), 1888

Wilhelm, der im hohen Alter hohe Popularität genoss und für viele das *alte Preußen* verkörperte, starb nach kurzer Krankheit im [Dreikaiserjahr](#) am 9. März 1888 im [Alten Palais Unter den Linden](#) und wurde am 16. März im [Mausoleum im Schlosspark Charlottenburg](#) beigesetzt.

Aus Sympathie der Deutschen zu Kaiser Wilhelm wurde die Zeile „Wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wieder haben“ zur Melodie des 1875 von [Richard Henion](#) komponierten [Fehrbelliner Reitermarschs](#) gesungen.

Sein Ausspruch „Ich habe keine Zeit müde zu sein“ wurde zum Synonym für Pflichterfüllung bis zum letzten Augenblick und wurde später zum geflügelten Wort. Dies sollen die letzten zusammenhängenden Worte gewesen sein, die Wilhelm I. an seinem Todestag äußerte.

[Michel Lock](#) schuf 1891 [eine Skulpturen-Gruppe](#) mit dem in einem Lehnstuhl sitzenden und sterbenden Wilhelm I.

Ziel von Attentaten

Am 12. Juni 1849 entging Wilhelm bei [Ingelheim](#) einem ersten [Attentat](#).

Am 14. Juli 1861 verübte der Student [Oskar Becker](#) in [Baden-Baden](#) ein Attentat auf Wilhelm, verwundete ihn aber nur leicht am Hals.

Am 11. Mai 1878 feuerte der arbeitslose, sich in Berlin aufhaltende Klempnergeselle [Max Hödel](#), als der Kaiser mit seiner Tochter, der Großherzogin von Baden, in offenem Wagen durch die Straße Unter den Linden fuhr, mit einem Revolver mehrere Schüsse gegen ihn ab, von denen nicht einer traf.^[15] Weil sich unter den Mitgliedskarten mehrerer politischer Parteien, die er bei seiner Festnahme bei sich hatte, auch eine der Sozialdemokratie befand, nahm Bismarck dies am 24. Mai zum Anlass, im Reichstag ein „Gesetz zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen“ zu beantragen. Dieser Gesetzesantrag fand jedoch keine Mehrheit im Reichstag. Kronprinz Friedrich, der für den nach dem Nobiling-Attentat am 2. Juni 1878 schwer verletzten Kaiser die Stellvertretung übernommen hatte, bestätigte im August das Todesurteil gegen Hödel.^[16]

Drei Wochen später am Sonntag, dem 2. Juni 1878, feuerte ein anderer Attentäter an fast der gleichen Stelle, noch bevor sich die Aufregung über das vorherige Attentat gelegt hatte, aus einem Fenster des Hauses Unter den Linden Nr. 18 zwei Flintenschüsse gegen Wilhelm ab, als dieser allein in den Tiergarten fuhr. Der Kaiser wurde von dreißig Schrotkörnern an Kopf und Armen getroffen und so schwer verwundet, dass er zwei Tage später den Kronprinzen [Friedrich Wilhelm](#) zum Stellvertreter ernannte. Er überlebte nur durch die sein Haupt schützende Pickelhaube. Der Täter, [Karl Eduard Nobiling](#), ein junger promovierter Landwirt, wurde gefasst, nachdem er Selbstmord versucht und sich dabei schwer verletzt hatte.^[17]

Die Empörung über diese Attentate nutzte Bismarck, um im Reichstag das [Sozialistengesetz](#) durchzubringen, indem er verbreiten ließ, dass für beide Attentate letztlich die Sozialdemokratie verantwortlich sei. Die Wahrscheinlichkeit, dass Nobiling geistesgestört war, wurde von vielen als hoch eingeschätzt. Nach seinen eigenen Angaben war ihm nur daran gelegen, bekannt zu werden.

Wilhelm I. erholte sich nur langsam und kehrte nach längerem Aufenthalt in Baden und [Wiesbaden](#) am 5. Dezember nach Berlin zurück, wo er die Regierung wieder übernahm. Im Juli wurde aus Anlass seiner „glücklichen Errettung“ im ganzen Reich die [Kaiser-Wilhelms-Spende](#) aus den Gaben von knapp 12 Millionen Spendern gesammelt. Der Ertrag von über 1,7 Millionen [Mark](#) bildete das Stammkapital einer freiwilligen Altersrenten- und [Kapitalversicherung](#) für „gering bemittelte Klassen“. Der Schock des Attentats stärkte wider Erwarten die schwächelnde Gesundheit des Kaisers. Wilhelm nannte Nobiling später „seinen besten Arzt“.

Bei der Einweihung des [Niederwalddenkmals](#) am 28. September 1883 in [Rüdesheim](#) bereiteten [Anarchisten](#) um [August Reinsdorf](#) ein [Attentat](#) mit [Dynamit](#) auf Wilhelm I. vor. Wegen des feuchten Wetters versagte aber der Zünder.

Denkmäler und Ehrungen

Zwischen 1867 und 1918 wurden im deutschsprachigen Raum mehr als 1000 [Kaiser-Wilhelm-Denkmäler](#) errichtet, die primär oder sekundär dem Andenken des Kaisers gewidmet waren. Zu den bekanntesten und größten gehören das [Kyffhäuserdenkmal](#) (1896), das [Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der Porta Westfalica](#) (1896) und das Kaiser-Wilhelm-Denkmal am [Deutschen Eck](#) in Koblenz (1897). Bei vielen dieser Denkmäler geht es allerdings nicht allein um die Person Wilhelms I., sondern oft auch darum, ihn in seiner Rolle als „Reichsgründer“ und ersten [Deutschen Kaiser](#) zu verherrlichen. Beim offiziellen [Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal](#) in Berlin (1897) steht Wilhelm I. schließlich stellvertretend für den monarchischen Nationalstaat im Sinne des [Wilhelminismus](#).^[18]

[Carl Koldewey](#), der Leiter der [Ersten Deutschen Nordpolar-Expedition](#), benannte eine Insel in der [Hinlopenstraße](#) ([Spitzbergen](#)) 1868 [Wilhelm-Insel](#).

1869 wurde dem preußischen Kriegsmarinehafen an der Nordsee der Name [Wilhelmshaven](#) gegeben, die Drehbrücke über den Hafen wurde [Kaiser-Wilhelm-Brücke](#) genannt. Der 1895 eröffnete [Nord-Ostsee-Kanal](#) hieß bis 1948 Kaiser-Wilhelm-Kanal. Der [Sporntunnel](#) bei [Cochem](#) auf der [Moselstrecke](#) heißt seit seiner Eröffnung 1877 [Kaiser-Wilhelm-Tunnel](#). Im selben Jahr wurde die 1872 in [Straßburg](#) gegründete [Kaiser-Wilhelms-Universität](#) nach ihm benannt.

Verschiedene Schiffe erhielten seinen Namen: Kombischiff [König Wilhelm I.](#) (1871), Salonschiff auf dem Bodensee [Kaiser Wilhelm](#) (1871), Raddampfer [Kaiser Wilhelm](#) (1887), Passagierschiff [Kaiser Wilhelm der Große](#) (1897), Panzerschiff [SMS Kaiser Wilhelm der Große](#) (1898).

Vom 21. bis 23. März 1897 fand die sogenannte [Centenarfeier](#) (Hundertjahrfeier) zum einhundertsten Geburtstag statt.^[19] Anlässlich dieses Jubiläums wurde unter anderem die [Zentenarmedaille](#) verliehen, das „Deutsche Centenar-Sportfest“ veranstaltet und der Grundstein für das [Sportdenkmal Berlin-Grünau](#) gelegt. Aus diesem Anlass wurde auch der [Spandauer](#) Ortsteil Potsdamer Vorstadt in [Wilhelmstadt](#) umbenannt.

Der Versuch seines Enkels [Kaiser Wilhelm II.](#), seinen Großvater mit dem Titel „der Große“ auszuzeichnen, fand in der Bevölkerung ebenso wenig Widerhall wie in der [Historiographie](#).^[20]

Siehe auch: [Liste der Kaiser-Wilhelm-I.-Denkmäler](#)

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kaiser-Wilhelm-I.-Denkm%C3%A4ler

[Wird hier ausgespart! Vielleicht für später!]



Wilhelm I. in Zivil, nach 1871



Kaiser Wilhelm I. mit Sohn, Enkel und Urenkel, 1882

Dynastische Verbindungen

Vorfahren

Ahnentafel Wilhelm I.			
			Graf
		Landgraf	Christia
		Ludwig V	n Karl
		III.	Reinhar
		(Hessen-	d von Herzog
		Darmsta	Leininge Adolf
		dt)	n- Friedrich II.
		(1691–	Dagsbur (Mecklenbu
		1768)	rg) (1658–
		⊙ 1717	1708)
		Charlotte	⊙ 1705
		Christine	Christiane
		Magdale	Emilie
		ne	⊙ 1726
		Johanna	Antonie von
		von	Katharin Schwarzbur
		Nassau-	a g-
		Saarbrück	Polyxen Sondershau
		en (1704–	sen (1681–
		1774)	Solms-
		Lichtenb	1715)
		erg	Rödelhe
		(1700–	im
		1726)	(1702–
			1765)
			Prinz Georg
		Landgraf	Wilhelm von
		August Ludwig IX.	Hessen-
		von (Hessen-	Darmstadt
		Darmstadt)	Karl zu Mecklenburg
		(1719–1790)	(1722–1782) (1708–1752)
		⊙ 1741	⊙ 1748
		Maria Luise	⊙ 1735
		Elisabeth Albertine von	Albertine von
		Sachsen-Hildburghausen	Leiningen-
		(1713–1761)	Dagsburg-
			Falkenburg
			(1729–1818)
			Großherzog Karl II. (Mecklenburg)
			(1741–1816)
			⊙ 1768
			Friederike von Hessen-Darmstadt
			Friederike Caroline Luise von Hessen-
			Darmstadt (1752–1782)
			König Friedrich Wilhelm III. (Preußen) (1770–1840)
			⊙ 1793
			Luise von Mecklenburg-Strelitz (1776–1810)
			Kaiser Wilhelm I. (1797–1888)

Literatur

- [Wilhelm Jordan](#): *Kaiser Wilhelm I.* Frankfurt am Main 1896.
- [Erich Marcks](#): *Wilhelm I.* In: *Allgemeine Deutsche Biographie* (ADB). Band 42, Duncker & Humblot, Leipzig 1897, S. 517–692.
- [Kurt von Priesdorff](#): *Soldatisches Führertum*. Band 7, Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg, o. O. [Hamburg], o. J. [1937], S. 31–51, Nr. 2143.
- [Franz Herre](#): *Kaiser Wilhelm I. Der letzte Preuße*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980, [ISBN 3-462-01409-9](#).
- [Karl Heinz Börner](#): *Wilhelm I. Deutscher Kaiser und König von Preußen. Eine Biographie*. Akademie, Berlin 1984.
- Günter Richter: *Kaiser Wilhelm I.* In: [Wilhelm Treue](#) (Hrsg.): *Drei deutsche Kaiser. Wilhelm I. – Friedrich III. – Wilhelm II. Ihr Leben und ihre Zeit 1858–1918*. Ploetz, Freiburg, Würzburg 1987, [ISBN 3-87640-192-5](#), S. 14–75.
- [Hellmut Seier](#): *Wilhelm I. Deutscher Kaiser 1871–1888*. In: [Anton Schindling](#), [Walter Ziegler](#) (Hrsg.): *Die Kaiser der Neuzeit, 1519–1918: Heiliges Römisches Reich, Österreich, Deutschland*. C. H. Beck, München 1990, [ISBN 3-406-34395-3](#), S. 395–409 ([Vorschau](#)).
- [Jürgen Angelow](#): *Wilhelm I. (1861–1888)*. In: [Frank-Lothar Kroll](#) (Hrsg.): *Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II.* Beck, München 2006, S. 242–264.
- [Guntram Schulze-Wegener](#): *Wilhelm I. Deutscher Kaiser, König von Preußen, Nationaler Mythos*. Mittler, Hamburg 2015, [ISBN 978-3-8132-0964-8](#) ([Rezension](#)).
- [Robert-Tarek Fischer](#): *Wilhelm I. Vom preußischen König zum ersten Deutschen Kaiser*. Böhlau, Köln 2020, [ISBN 978-3-412-51926-1](#)

Weblinks



[Commons: Wilhelm I.](#) – Album mit Bildern, Videos und Audiodateien



[Wikisource: Wilhelm I.](#) – Quellen und Volltexte

- [Literatur von und über Wilhelm I.](#) im Katalog der [Deutschen Nationalbibliothek](#)
- [Werke von und über Wilhelm I.](#) in der [Deutschen Digitalen Bibliothek](#)
- [Zeitungsartikel über Wilhelm I.](#) in der [Pressemappe 20. Jahrhundert](#) der [ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft](#).
- Dorlis Blume: [Wilhelm I.](#). Tabellarischer Lebenslauf im [LeMO](#) ([DHM](#) und [HdG](#)) , 10. September 2014
- [Wilhelm <Deutsches Reich, Kaiser, I.>: 1797–1888](#), Eintrag in der [Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften](#)
- [Wilhelm I.](#) – Deutsche Biographie
- [Wilhelm I. von Preußen](#) – rbb Preußen-Chronik
- Christian Feldmann: [Kaiser Wilhelm I. - Der letzte Preuße Bayern 2 Radiowissen](#). Ausstrahlung am 18. Januar 2021 (Podcast)
- Jörg Beuthner: [22.03.1797 - Geburtstag von Kaiser Wilhelm I. WDR ZeitZeichen](#) vom 22. März 2017. (Podcast)

Auf dieser Basis haben wir Ihnen einen „Denk- und Arbeitshilfe“ zusammengestellt (s. Anlage).

Sollte das Abstimmungsergebnis zur Umbenennung nicht korrigiert werden, wäre das ein Schlag in das Gesicht jedes Toten bzw. Geschädigten in einem Entwicklungsland.

War es nicht ausgerechnet der Premier-Minister des britischen Weltreiches und geistige Vater Israels, Disraeli, der mehrfach seine hohe Meinung über Wilhelm I. geäußert hat? Aber ein offenbar geschichtsunkundiger Nachwuchs will den in aller Welt geehrten „vom Sockel“ holen.

Im übrigen war Wilhelm I. viel zu bescheiden, nach dem höchsten Staatsamt zu drängeln, da mußte schon Bayernkönig Ludwig „nachhelfen“. Mit seiner bescheidenen Lebensweise (er lebt nicht mal im Schloß) beschämte er geradezu so manchen Bundespräsidenten.

Lassen Sie also den Kaiser-Wilhelm-Platz bestehen, nehmen Sie Ihre Abstimmung zurück! Ihrer Antwort sehen wir mit Aufmerksamkeit entgegen!

Mit vorzüglicher Hochachtung

Anhang: Richard v. Weizsäcker statt Kaiser Wilhelm I.

Werte Damen und Herren,

Sie sind angetreten, nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt mitzugeben. Dann verwirrt es doch sehr, dass Sie ausgerechnet eine Person als "Lichtträger" präsentieren, die in schlimmste Umwelt- und Menschheitsverbrechen in einem Entwicklungsland verstrickt ist. Dass Sie dafür einen hochverdienten Mann (Kaiser Wilhelm I.) vom Sockel stoßen, sei Ihnen nicht nachgetragen; schließlich hatte schon vor Jahren Präsidententochter Rau erkannt: "Geschichtsunterricht kannst Du vergessen..." Folglich können Sie nicht wissen, wie ausgerechnet der Politiker Disraeli, englischer Premierminister und geistiger Vater Israels, am 21. Februar 1871 den 18. Januar 1871 bewertete:

"Die deutsche Reichsgründung (18. Jan. 1871) ist ein größeres politisches Ereignis als die französische Revolution". Damit würdigte er auch die Leistung von Kaiser Wilhelm I, den er persönlich hoch verehrte, und von Kanzler Bismarck.

Nun geht der Normalbürger davon aus, wenn jemand zu Straßen- bzw. Platzehren auserkoren wird, sollen besondere Lebensleistungen an ihn erinnern. Seltsam: Jetzt will man den kleinen Kaiser-Wilhelm-Platz nach einem Mann benennen, dessen Tätigkeit vor Übernahme des Amtes eines Regierenden Bürgermeisters in Berlin in merkwürdiges Dunkel gehüllt wird, obwohl das bekannteste deutsche Nachrichtenmagazin "Der Spiegel", ARD, und WDR seine "Biedermann-Abdeckung" schon vor Jahren bzw. sogar Jahrzehnten lüfteten (s. Spiegel 31/1991, 32/1991, 48/1992). "Es ist schon zu lange her" und ähnliche Ausflüchte können keine Argumente ersetzen. Selbst wenn jemand nur bedingt des Lesens kundig ist, damals nur "Klippschüler" war, müsste mindestens stutzig werden: verschlammter bzw. verschlammter Geschichtsunterricht kann keine Ausrede sein.

Zur geistigen Rückschau: Wurde nicht seinerzeit in Nürnberg von den Siegern der Strafbestand "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (natürlich nur von den Unterlegenen) geprägt? Bereits 1956 schrieb der medizinische Leiter bei Boehringer Ingelheim (Weizsäcker's späterer Arbeitgeber) Dr. Graubner von Giftstoffen, deren Eigenschaften einzigartig seien mit schwerster Zerstörbarkeit und merklicher Vergiftung durch Dioxin. Doch statt aus Sicherheitsgründen Alarm zu schlagen, als ein Werkschemiker das Ultragift entdeckte, suchte man dafür Geschäftsfelder, die man dann - v. Weizsäcker war längst Mitglied der Geschäftsleitung- über die amerikanische Giftfirma Dow Chemicals im Vietnamkrieg fand. Nun gab es aber den von der Bundesregierung angeordneten Verzicht auf ABC-Waffen aus den fünfziger Jahren und gab es nicht das Kriegswaffen-Kontroll-Gesetz? Hier zeigte sich die "Weitsicht" des Firmenchefs Ernst Boehringer.

Hatte dieser doch rechtzeitig "einen begabten Juristen" an Land gezogen: Richard von Weizsäcker, der offenbar für juristische Feinheiten bekannt war. So wurde die dioxinhaltige Giftbrühe als "Entlaubungsmittel" verkauft und damit Gesetze und Verträge umgangen; offenbar geschützt durch ein "Kartell des Schweigens aus Chemie und Politik", wie Der Spiegel schrieb. In Seveso (Italien) und Bophal (Indien) reichten nach Betriebsunfällen dioxinhaltige Giftwolken aus, um Menschen in Panik zu versetzen. In Vietnam- später auch in Laos ("weil noch übrig war")- wurden, wie der WDR in einem Dokumentarfilm an zahlreichen Beispielen zeigte, durch tonnenweise ausgeschüttete- von Boehringer produzierte Dioxin-Giftbrühe (von der US-Army beschönigend "Agent Orange" genannt) so stark geschädigt, daß Mißbildungen bei Neugeborenen noch in der dritten Generation auftreten.

□ □ *Feier des hundertsten Geburtstages Seiner Majestät des hochseeligen Kaisers Wilhelms des Großen* (Ministerialerlass vom 3. d. M. [März 1897] – IVa A 1547). In: Eisenbahndirektion Mainz (Hrsg.): *Sammlung der herausgegebenen Amtsblätter*. Jg. 1897, Bekanntmachung Nr. 23, S. 59.

20. □ Andreas Rose: [Wilhelm I. – ein Großer? „Verweigerter Größe“ – Kaiser Wilhelms I.](#) Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg.

Vorgänger	Amt	Nachfolger
Friedrich Wilhelm IV.	König von Preußen 1861–1888	Friedrich III.
—	Präsident des Norddeutschen Bundes 1867–1871	—
—	Deutscher Kaiser 1871–1888	Friedrich III.

Normdaten (Person): [GND: 118632884](#) | [LCCN: n80149385](#) | [NDL: 00795186](#) | [VIAF: 43148190](#) | [Wikipedia-Personensuche](#)

Kategorien:

- [Kaiser \(Deutsches Reich\)](#)
- [König \(Preußen\)](#)
- [Regent](#)
- [Opfer eines Attentats](#)
- [Friedrich Wilhelm III. \(Preußen\)](#)
- [Namensgeber für ein Schiff](#)
- [Luise von Mecklenburg-Strelitz](#)
- [Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach](#)
- [Wilhelm I. \(Deutsches Reich\)](#)
- [Gouverneur \(Mainz\)](#)
- [Generaloberst \(Königreich Preußen\)](#)
- [Person in den Koalitionskriegen \(Preußen\)](#)
- [Person im Deutsch-Dänischen Krieg \(Preußen\)](#)
- [Person im Deutschen Krieg](#)
- [Person im Deutsch-Französischen Krieg](#)
- [Freimaurer \(19. Jahrhundert\)](#)
- [Freimaurer \(Deutschland\)](#)
- [Ritter des Schwarzen Adlerordens](#)
- [Träger des Großkreuzes des Eisernen Kreuzes](#)
- [Träger des Großkreuzes des Roten Adlerordens](#)
- [Träger des Großkreuzes des Pour le Mérite](#)
- [Träger des Hausordens von Hohenzollern](#)
- [Ritter des Hosenbandordens](#)
- [Träger des Elefanten-Ordens](#)
- [Großkreuz des Militär-St.-Heinrichs-Ordens](#)
- [Träger des Militär-Karl-Friedrich-Verdienstordens \(Großkreuz\)](#)
- [Träger des Militär-Max-Joseph-Ordens \(Großkreuz\)](#)
- [Großkreuz des Großherzoglich Hessischen Ludwigsordens](#)

- [Träger des k.u. Sankt Stephans-Ordens \(Großkreuz\)](#)
- [Träger des Leopoldsordens \(Großkreuz\)](#)
- [Mitglied der Ehrenlegion \(Großkreuz\)](#)
- [Ritter des Annunziaten-Ordens](#)
- [Träger des Ordens der hl. Mauritius und Lazarus \(Großkreuz\)](#)
- [Träger des Ordens der Krone von Italien \(Großkreuz\)](#)
- [Träger des Ordens des Heiligen Andreas des Erstberufenen](#)
- [Träger des Ordens des Heiligen Georg](#)
- [Träger des Alexander-Newski-Ordens](#)
- [Träger des Seraphinenordens](#)
- [Träger des Nordstern-Ordens \(Großkreuz\)](#)
- [Träger des Weißen Adlerordens \(Kongresspolen\)](#)
- [Ritter des Ordens Karls XIII.](#)
- [Ritter des Ordens vom Goldenen Vlies \(Spanien\)](#)
- [Walhalla](#)
- [Hohenzoller \(Linie Brandenburg-Preußen\)](#)
- [Mitglied der Preußischen Nationalversammlung](#)
- [Ehrenmitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften](#)
- [Preuße](#)
- [Deutscher](#)
- [Geboren 1797](#)
- [Gestorben 1888](#)
- [Mann](#)

Diese Seite wurde zuletzt am 5. April 2021 um 04:05 Uhr bearbeitet.

Abgerufen am 04.05.2021, 17:00 Uhr

Rezension auf den folgenden Seiten aus:

AWR-Nr. 782 vom 14.01.2021 [\(Seiten 133 - 161\)](#)

http://www.westpreussen-berlin.de/Leitseiten_Rezensionen_AWR-Dateien/20210207_Leitseiten_Rezensionen_AWR_neu.htm



Robert-Tarek Fischer: Wilhelm I. Vom preußischen König zum ersten Deutschen Kaiser. (mit 25 schwarzweißen und mehrfarbigen Abb.).
Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag (2020). 404 Seiten.
ISBN 978-3-412-51926-1. € 35,00.

Mehr als nur Herrscher unter Bismarck
Neue Biographie setzt Wilhelm I. in günstigeres Licht

Nein, Wilhelm I. war doch nicht bloß ein historischer Nebenakteur, der von seinem Regierungschef Otto von Bismarck gelenkt wurde und der für zahlreiche Beobachter kaum mehr war als eine gekrönte Marionette, die sich zwar oftmals störrisch zeigte, sich letztlich aber dem großen Virtuosen der Politik Preußens und dann auch Deutschlands fügte. So etwa in Nikolsburg 1866, als Bismarck Wilhelm ganz dringend davon abriet, dem bei Königgrätz besiegten Österreich nach der Väter alter Sitte Territorien abzunehmen. Oder bei der Kaiserproklamation 1871, die Wilhelm in der von Bismarck vorgesehenen Form ganz und gar nicht gefiel. Dieses mehrfache Nachgeben trug wesentlich zu der Marginalisierung des Hohenzollernmonarchen bei, die zu DDR-Zeiten der marxistische Historiker Ernst Engelbert im ersten Band seiner Bismarck-Biographie mit folgender Bewertung Wilhelms I. boshaft-spöttisch auf die Spitze trieb: „Drei Kriege, drei Siege, dreimal gefeiert ein tumber Tor!“ Das ging nun entschieden zu weit, den grundehrlichen, aber keinen intellektuellen Überflieger darstellenden Wilhelm I. als einen Trottel hinzustellen, und so abschätzig hat sich meines Wissens auch kein anderer Historiker geäußert. Doch der Tenor war meist so, wie Wilhelm ihn selbst vorgab, als er darüber klagte, es sei nicht leicht, unter einem Kanzler wie Bismarck Kaiser zu sein. Diese (nicht zweifelsfrei belegbare) Aussage prägt noch bis heute weitgehend das Bild des ersten Deutschen Kaisers als eines Mannes, der von Fremden gesteuert wurde.

Neues Bild von Wilhelm I.

Derartige Einschätzungen will nun der 1965 geborene österreichische Historiker und Sachbuchautor Robert-Tarek Fischer, der als Ministerialbeamter seit vielen Jahren in Österreichs Bundeskanzleramt tätig ist, widerlegen und zeichnet ein günstigeres Bild Wilhelms I. Fischer ist nämlich der Auffassung, daß die bisherige Beurteilung des Monarchen dessen durchaus aktiver politischer Wirksamkeit nicht gerecht wird. Wiewohl auch laut Fischer an der Bedeutung Otto von Bismarcks als Ausnahmepolitiker nicht zu rütteln ist, ist es für den österreichischen Historiker zu wenig, „Wilhelm I. auf die Rolle eines Edelkomparsen zu reduzieren“, da der die preußisch-deutsche Geschichte in Summe doch wesentlich beeinflusst habe.

Fischer zeigt uns, daß Wilhelm alles andere als ein unpolitischer Mensch war und bereits in jungen Jahren in seinen Briefen eine große Zahl engagierter Kommentare zu politischen Ereignissen sowie zu Kardinalfragen der Politik in Preußen und Europa abgab. Wir können nachvollziehen, daß er – wenngleich die historischen Fakten es nicht rechtfertigen – von seinen Zeitgenossen und noch lange danach als „Kartätschenprinz“ (in heutiger Diktion als „Hardliner“) gesehen wurde. Wilhelm war in der Tat ein so vehementer Verfechter des Absolutismus und hielt am Herrschertum von Gottes Gnaden so resolut fest, daß er 1848 beim Ausbruch der Revolution als einziger Spitzenvertreter der Dynastie der Hohenzollern ins Ausland fliehen mußte. Dies alles zeigt sein Biograph ebenso glaubhaft auf wie seine nach dieser tiefen Zäsur erfolgende Umorientierung, in deren Verlauf er moderatere Konzepte ersann, welche Stellung das monarchische Prinzip in einem konstitutionellen Staat einnehmen sollte.

Der neue Biograph Wilhelms I. unterteilt die unerwartet lange Herrschaft, die der Hohenzoller mit erst 60 Jahren antrat und die aufgrund seiner exorbitanten Rüstigkeit noch 30 Jahre andauerte, in drei Abschnitte, wovon der erste im Oktober 1857 begann: Damals

übernahm er ein Jahr lang die Stellvertretung seines älteren Bruders, des schwer erkrankten Königs Friedrich Wilhelm IV. Ein Jahr später, im Oktober 1858, leitete Wilhelm die bis ins Jahr 1862 reichende „Neue Ära“ ein, in der er als Prinzregent und ab 1861 als König ein Regiment führte, das an Selbstherrschaft grenzte. Damit war er es, der sozusagen „im Alleingang“ den preußischen Verfassungskonflikt entfachte und speziell durch sein dezidiertes Aufrüstungsprogramm, das Preußens militärische Schlagkraft immens erhöhte, einen Schlüssel zur kleindeutschen staatlichen Einigung schuf.

Den zweiten Herrschaftsabschnitt Wilhelms I. zeigt uns Fischer als von den Einigungskriegen gegen Dänemark (1864), Österreich (1866) und Frankreich (1870/71) geprägt. Zwar kam es zu allen drei Waffengängen nicht auf Wilhelms betreiben - nein, er mußte zum Jagen erst getragen werden -, doch übte er laut Fischer „als letzter Monarch Europas im Krieg ein Armeeoberkommando aus, das mehr als eine reine Fiktion darstellte“. Daß Wilhelm sich danach mehr und mehr von den politischen Tagesgeschäften zurückzog und so Bismarcks Position gravierend verstärkte, erklärt der Autor damit: In den 1866 von Preußen annektierten Staaten herrschte ob der Vereinnahmung großer Unmut, und so brauchte es in den folgenden Jahren eine rege Reise- und Besuchsdiplomatie Wilhelms, um die neuen Untertanen mit der Herrschaft der Hohenzollern auszusöhnen und ein inneres Zusammenwachsen zu unterstützen.

Robert-Tarek Fischer hält es für nicht gerechtfertigt, aufgrund seines Verzichts auf politische Gestaltung Wilhelms Aktivitäten in seiner dritten Herrschaftsphase (der Kaiserzeit von 1871 bis 1888) fast ganz auszublenzen. Immerhin hätten auch sie „keine geringe Bedeutung für den weiteren Verlauf der preußisch-deutschen Geschichte, dies vor allem in gesellschaftspolitischer Hinsicht“, gehabt. Auf Einzelheiten dazu soll im Rahmen dieser Buchrezensionen allerdings nicht eingegangen werden.

Die hier zu besprechende Biographie ist von der recht ungewöhnlichen Begebenheit geprägt, daß die Tätigkeitsbereiche jenes Mannes, der immerhin 30 Jahre preußischer König war und außerdem 17 Jahre als Deutscher Kaiser fungierte, zumeist nur wenig bekannt oder gänzlich unbekannt sind. Das Buch, das der Österreicher Robert-Tarek Fischer ausgerechnet über den Preußen Wilhelm I. vorgelegt hat, weist Merkmale einer „klassischen“ Biographie auf, führt aber an einigen Stellen darüber hinaus. Es analysiert außerdem die politischen Themenbereiche, denen Wilhelm I. seinen Stempel aufdrückte oder in denen er seinen Einfluß zur Geltung brachte. In der Gesamtschau läßt sich die erfreulich leicht und flüssig zu lesende Biographie Fischers auch als Studie über die Spuren verstehen, die Wilhelm I. in der Historie Preußens und Deutschlands hinterlassen hat. Die Lektüre des Buches, das sein Objekt in sehr informativer Weise in die historischen Ereignisse von Wilhelms Lebenszeit „einbettet“, ist auf jeden Fall zu empfehlen.

Rezensent: Dr. Mario Kandil, Linnich

Eingang: 04.01.2021

Auch hierzu lesenswert, die allgemeinen Ausführungen in „paperpress“, gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. “, einem privaten Pressedienst aus dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg:

Siehe nächste Seiten!

Ein Platz für Richard von Weizsäcker

Die Betroffenen können froh sein, dass sie die Bemühungen nicht mehr miterleben müssen, ihnen ein Denkmal in Form einer Straße oder eines Platzes zu setzen. Die Berliner taten sich beispielsweise schwer, den ersten Bundeskanzler **Konrad Adenauer** zu würdigen. Der Rheinländer Adenauer war nicht gerade der beste Freund Berlins. Von der Trauer seines Todes am 19. April 1967 überwältigt, sorgte die CDU dafür, dass bereits sieben Tage später der Kaiserdamm in Adenauerdamm umbenannt wurde. Nach heftigen Protesten der Anwohner: „Wir wollen unsern alten Kaiser Wilhelm wiederhaben!“ erfolgte die Rückbenennung bereits neun Monate später. Übrigens: In dem Lied von **Heino**, von wem sonst, ist KW1 gemeint, der mit dem langen Bart. Der Namensgeber für den Kaiserdamm ist Wilhelm Zwo, das war der mit dem Ersten Weltkrieg.

Der Friedrich-Wilhelm-Platz in Friedenau ist nach Friedrich Wilhelm benannt, der sich Friedrich III nannte und als 99-Tage-Kaiser in die Geschichte einging. Er war der Sohn von WI und Vater von WII. 1945 sollte der Platz in Engelsplatz umbenannt werden, was der Magistrat jedoch nicht umsetzte.

Wann der Beschluss der Tempelhof-Schöneberger Zählgemeinschaftsvariante aus CDU, Grünen und FDP umgesetzt wird, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen, ist ungewiss. Eigentlich besteht die Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen. CDU, Grüne und FDP proben aber schon mal am Beispiel des früheren Bundespräsidenten, welche anderen Optionen es noch gibt.

Der SPD-Bezirksverordnete **Axel Seltz** stellt nach Angaben der Berliner Morgenpost in Frage, „ob der Kaiser-Wilhelm-Platz, an Haupt- und Kolonnenstraße gelegen, aufgrund seiner eher geringen Bedeutung überhaupt der richtige Platz sei, um **Richard von Weizsäcker** zu ehren.“ „Damals war der Platz für **Marlene Dietrich** zu popelig, und jetzt soll von Weizsäcker mit diesem popeligen Platz gewürdigt werden.“ Marlene Dietrich hat ihren Platz vor dem Filmfestspieltheater bekommen, der liegt allerdings nicht in Schöneberg, sondern in Tiergarten. Ihr Grab befindet sich aber auf einem Friedhof in Friedenau, was zu Schöneberg gehört.

Der Bezirk tut sich schwer mit der Namensgebung. So sollte beispielsweise **Hildegard Knef** geehrt werden, weder in Schöneberg geboren noch dort beigelegt. Gefunden wurde der Vorplatz zum Bahnhof Südkreuz, alles andere als ein Platz und nicht einmal eine postalische Adresse. Das wird sich jedoch ändern, wenn Vattenfall seine neue Zentrale einweihet.

Die Adresse lautet dann Hildegard-Knef-Platz 1. **Günther Pfitzmann** hat mit seiner Fernsehserie „Praxis Bülowbogen“ diesen Schöneberger Kiez weltberühmt gemacht. Die CDU regte 2014 deshalb an, dort eine Straße nach ihm zu benennen. Der Kultur-Ausschuss des Bezirks lehnte das „unter anderem mit der Begründung, dass Pfitzmann keine Frau sei und man Wege und Plätze lieber mit Frauennamen versehen wolle,“ ab. Quelle: Tagesspiegel

2017 wurde dann in Nikolassee, in der Nähe seines einstigen Wohnhauses, ein Platz nach ihm benannt.

Dass **Richard von Weizsäcker**, 1981 bis 1984 Regierender Bürgermeister, und von 1984 bis 1994 Bundespräsident, keine Frau ist, muss nicht erwähnt werden. Oder doch? Denn für ihn gelten die Vorgaben des Kulturausschusses nicht. Der Bezirksverordnete Seltz hat vollkommen recht, der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nicht nur popelig, sondern auch nicht besonders attraktiv und eines Bundespräsidenten vom Format von Weizsäckers nicht würdig. Der Platz ist nicht mehr als ein lärmender Straßenabzweig von Schöneberg nach Tempelhof. In die Schlagzeilen gerät er schlimmstenfalls, wenn dort ein Radfahrer zu Tode kommt.

Am Kaiser-Wilhelm-Platz befand sich seit 1892 das Schöneberger Rathaus. 1914 erfolgte der Umzug ins neue Rathaus an der Martin-Luther-Straße, die schon seit 1899 so hieß. Das alte Rathaus wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Schon früher gab es Diskussionen, den Kaiser-Wilhelm-Platz umzubenennen. Zum Beispiel 1962 nach dem Schöneberger Bürgermeister **Konrad Dickhardt**. Nach ihm wurde dann im selben Jahr eine sehr schöne Straße in Friedenau benannt, die hinter dem Walther-Schreiber-Platz auf der Rheinstraße beginnt und in einem großen Bogen wieder auf die Rheinstraße kurz vor dem Rathaus Friedenau stößt. Zuvor hieß sie Ringstraße, was Sinn machte. 1973 gab es einen weiteren Versuch, den Kaiser-Wilhelm-Platz umzubenennen, nämlich nach dem ermordeten chilenischen Staatspräsidenten **Salvador Allende**. Im selben Jahr wurde im Ost-Berliner Köpenick eine Straße nach ihm benannt, die noch heute so heißt.

Dass Wikipedia ein schnelles Medium ist, beweist der aktuelle Eintrag: „2020 kam es zu einem neuen Vorstoß für eine Umbenennung nach dem früheren Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten **Richard von Weizsäcker**.“

Die SPD-Fraktionsvorsitzende **Marijke Höppner** kritisiert den Vorstoß von CDU, Grünen und FDP als „starkes Stück“, zumal andere Namensvorschläge für den Bezirk noch nicht umgesetzt wurden.

In einem Artikel in der BZ vom 21.02.2018 wird CDU-Generalsekretär **Stefan Evers** wie folgt zitiert:

1

„Natürlich braucht der Platz einen Namen (gemeint ist der Platz vor dem Roten Rathaus) allerdings muss er auch umgestaltet werden. Statt Ödnis zwischen Fernsehturm und Rotem Rathaus wollen wir den historischen Stadtkern Berlins wiederherstellen. Den Platz vor dem Rathaus würden wir dann Richard-von-Weizsäcker-Platz nennen.“

Inzwischen ist die U-Bahn gebaut und der Platz sieht halbwegs ordentlich aus. Zeit also, das Projekt Namensgebung in Angriff zu nehmen. Die örtliche CDU aus Tempelhof-Schöneberg spuckt jedoch der Landes CDU kräftig in die Suppe. Denn zwei Richard-von-Weizsäcker-Plätze wird es nicht geben. Wenn ein Platz für den ehemaligen Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten geeignet wäre, dann der vor dem Roten Rathaus, und keine kleine Verkehrsinsel, die den Namen Platz nicht verdient.

Pandemie bedingt finden die BVV-Sitzungen des Bezirks nur noch verkürzt statt. Offenbar war die Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes für CDU, Grüne und FDP so wichtig, dass sie den Tagesordnungspunkt 10.1 per Geschäftsordnungsantrag nach vorn gezogen haben.

Ersucht wird das Bezirksamt per Beschluss, den Platz umzubenennen. Da für Straßen und Plätze im Bezirks sicherlich die Grüne Verkehrs-Stadträtin **Christiane Heiß** zuständig ist, wird das wohl nichts mit dem Projekt. Sie ist ja nicht einmal in der Lage, eine Fahrradstraße einzurichten.

„Die Bürgerinnen und Bürger im direkten Umfeld des Platzes sollen angemessen beteiligt und informiert werden.“, steht in der Drucksache. Da können wir ja gespannt sein. Als Begründung wurde angegeben, dass von Weizsäcker als Regierender Bürgermeister sein Büro im Rathaus Schöneberg hatte und am 8. Mai 1985 eine bedeutende Rede gehalten hat. „Es ist angemessen, diese große Persönlichkeit mit der Nennung einen prominenten Platz in Berlin, in Tempelhof-Schöneberg, zu ehren.“ Berlin Ja, Tempelhof-Schöneberg mit diesem Platz Nein.

Jetzt wird's leicht komisch in dem Text: „Dem Gedenken an Kaiser-Wilhelm (I, der mit dem Bart) würde eine Namensänderung nicht schaden. In Berlin (Lankwitz) gibt es beispielsweise eine weitere Straße, die den Namen des Kaisers trägt.“ Da wollen es sich die christlich-grün-liberalen Bezirksverordneten offenbar nicht mit den Hohenzollern verscherzen.

Es wird noch besser: „Die Nennung des Platzes nach Richard von Weizsäcker soll keineswegs eine Abkehr von der Regel, Straßen und Plätze vorrangig nach Frauen zu benennen sein. Bei einer derart bedeutenden Persönlichkeit wie Richard von Weizsäcker muss aber eine Ausnahme von der Regel möglich sein und wird durch diese auch gedeckt.“ Sagt wer?

Die SPD-Fraktion hat geschlossen gegen den Antrag gestimmt. Gern hätte die SPD die Benennungen im Kulturausschuss diskutiert. „Natürlich hätte das Zeit gekostet, aber so weitreichende Entscheidungen nicht richtig auszuloten und dazu BVV-Beschlüsse über Benennungen nach Frauen zu ignorieren, ist nicht professionell und tut der Sache nicht gut,“ findet **Martina Sommerfeld**, Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

„Man kann es nur einen Pyrrhussieg nennen, den CDU, FDP und Grüne erreicht haben. Letztlich schadet er allen. Er belastet die Zusammenarbeit der Fraktionen in der BVV, denn konstruktiv ist es nicht, den Wunsch nach einer Überweisung in den Kulturausschuss abzulehnen und die ohnehin schon durch die Pandemie zeitlich begrenzte BVV-Sitzung für eine Debatte zu nutzen, die durch einen überraschend per Beschluss vorgezogenen Antrag initiiert wurde.“

Er schadet der örtlichen CDU. Mit diesem Coup haben sie verhindert, dass ein – für einen Bundespräsidenten – angemessener Ort für die Würdigung von Weizäckers gesucht werden kann. Der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nicht mehr als eine kleine Insel im tosenden Verkehr weit ab vom Schaffensort der Bundespräsidenten.

Und, er schadet den Grünen. Ihr Wählerpotential wird es nicht nachvollziehen können, dass eine Partei, die sich neben Klima- und Umweltschutz auch Feminismus auf die Fahnen geschrieben hat, einen konservativen männlichen Namensgeber für die Umbenennung eines Stadtplatzes ausgesucht hat,“ erklärt **Marijke Höppner**, Vorsitzende der SPD-Fraktion. Die frauenpolitischen Sprecherin **Manuela Harling** ergänzt: „Noch in der letzten Wahlperiode haben SPD und Grüne gemeinsam für eine Namensliste mit Frauennamen gekämpft, die für eine Straßenbenennung in Tempelhof-Schöneberg in Frage kommen. Die gemeinsame Linie, Straßen nach Frauen zu benennen – wie es die Ausführungsvorschrift zum Berliner Straßengesetz vorsieht – solange bis ein gesellschaftliches Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern im Straßenland erkennbar ist, haben die Grünen endgültig bei der 48. BVV am 20. Januar verlassen. Das ist doppelt bitter. Denn einerseits braucht eine gleichberechtigte Gesellschaft Vorbilder beider Geschlechter. Bisher sind Frauen aber eher in der Minderheit und tauchen auf Straßennamensschildern selten auf. Andererseits enthält der Namenspool viele Namen von Schönebergerinnen und Tempelhoferinnen, die noch auf eine Würdigung der Lebensleistung warten. Daher hätte es den Grünen gut angestanden, gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Bezirk für Gleichstellung zu kämpfen.“

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

2

Impressum: paperpress – gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
 Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
 Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 (3) – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de
 paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
 Alle zwei Monate erscheint eine Druckausgabe von paperpress, die kostenlos über paperpress@berlin.de bestellt werden kann.
 Die Druckausgabe wird gesponsert vom FIERED Druckcenter Berlin – www.piered.de
 Spendenkonto: Paper Press e.V. – Postbank Berlin – IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01

Anmerkung: Über Richard von Weizsäcker hat ein Partnerverein eine Untersuchung vorgelegt, die weitgehend auf Recherchen des Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEL“ beruht und zu einem sehr nachdenklichen negativen Urteil kommt!

Die AfD will den Kaiser-Wilhelm-Platz behalten



CDU, Grüne und FDP
wollen eine Umbenennung

Auf Antrag der CDU beschloss die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Tempelhof-Schöneberg am 20.01.2021 mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP, den Kaiser-Wilhelm-Platz im Herzen Schönebergs demnächst in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen. SPD und Linke waren nicht gegen eine Umbenennung, wollten aber den Namen einer Frau und stimmten deshalb mit nein.

Einzig die AfD-Fraktion stemmte sich mit ihrer Ablehnung gegen diese unsinnige und kostentreibende Umbenennung für Anwohner, Gewerbetreibende, Behörden und BVG.

Der Kaiser-Wilhelm-Platz wurde 1892 nach dem in der Bevölkerung sehr beliebten Kaiser Wilhelm I. benannt. Das 1871 gegründete Kaiserreich ist nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts nach außen hin identisch mit der Bundesrepublik Deutschland, d.h., Kaiser Wilhelm war das erste Oberhaupt des Staates, in dem wir noch heute leben. Wir wollen als einzige Partei 130 Jahre Ortsgeschichte bewahren und den Namen eines allgemein bekannten Platzes nicht willkürlich ändern lassen.

CDU und FDP zeigen durch ihr Zusammengehen mit den Grünen nun zum wiederholten Male, dass sie inzwischen nur noch Steigbügelhalter dieser Partei sind. Zusätzliche Kosten für die Allgemeinheit sind CDU, Grünen und FDP vollkommen egal – und das mitten in der Corona-Krise.

AfD-Fraktion Tempelhof-Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
10825 Berlin
URL: afd-fraktion-ts.de
Mail: bvv-fraktion@afd-fraktion-ts.de



BVV-FRAKTION
TEMPELHOF-SCHÖNEBERG



Berliner Bürgerverein e. V. BBV

Flotowstraße 9
10555 Berlin
Ruf: 030-391 73 70

Dr. Ans Weinert (UBC)

An die Bezirksbürgermeisterin
von Berlin Tempelhof-Schöneberg
Frau Angelika Schöttler
John-F.-Kennedy-Platz 1
10825 Berlin

Kaiser-Wilhelm-Platz

Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin,

ausgerechnet Freunde aus Israel drängten mich, einer skandalträchtigen Sache nachzugehen, die von deutschen Medien gleichsam in die Versenkung geschoben wurde:

Am 20. Januar 2021 entschied eine sog. Zählgemeinschaft in der Bezirksversammlung von Tempelhof-Schöneberg den zu Kaiser Wilhelm I. Ehren benannten bescheidenen Platz umzubenennen. Das geschah zwei Tage nach dem 150. Reichsgründungsjubiläum. Offenbar hatten die Teilnehmer dieser Zählgemeinschaft den Geschichtsunterricht geschwänzt, folglich keine Ahnung von der Bedeutung des Tages: Am 18. Januar 1871 wurde aus zwei großen Staaten Preußen und Bayern und über 30 Klein- und Kleinststaaten ein einheitlicher deutscher Bundesstaat geschaffen und damit die Basis für die heutige Bundesrepublik gelegt, was der englische Premier-Minister Disraeli am 9. Februar 1871 - also drei Wochen später – so beschrieb:

„Die deutsche Reichsgründung ist ein größeres politische Ereignis als die französische Revolution!“

Mit dieser Neu-(Wieder-)Gründung unter dem Staatsoberhaupt Kaiser Wilhelm I. ging wirklich ein „Ruck“ durch das ganze Land (wie es Bundespräsident Roman Herzog einmal formulierte) womit eine wirtschaftliche, wissenschaftliche (Apotheke der Welt), technische, soziale Entwicklung auf den Weg gebracht wurde, die in der Welt einmalig war und sogar die USA übertraf (was gerade ausländische Historiker immer wieder betonten). Man betrachte die klassischen Industrie- und (Hoch-)Schulbauten aus dieser Zeit, die nicht nur – auch heute noch – eine Wohltat fürs Auge sind; sie zeigen die fortschrittliche Dynamik, die mit der Reichsgründung das Land erfasst hatte und innerhalb weniger Jahre deutsche Wirtschaft und Wissenschaft – gestützt durch eine zuverlässige Verwaltung – an die Weltspitze katapultierte (was Disraeli sofort erkannte).

Für Bundeskanzler Willy Brandt war es vor 50 Jahren (also zum 100. Reichsgründungstag) selbstverständlich, die Reichsgründer Otto von Bismarck und Kaiser Wilhelm I. angemessen zu ehren; als Regierender Bürgermeister hätte er es nicht zugelassen, Kaiser Wilhelm I. zu entehren. Offenbar kannte er den Hinweis von Helmut Schmidt, sich der eigenen geschichtlichen Wurzeln bewußt zu sein.

In der Vergangenheit erlebte ich immer wieder die unangenehme Situation, wenn Freunde aus dem Ausland (besonders Israel) zu Besuch kamen, dass sie in Berlin oft vor großen Orientierungsproblemen standen, obwohl sie sich – wie sie meinten – gut vorbereitet hatten. Das Problem: die Eltern nahmen häufig (im Andenken an Berlin) bei ihrem Weggang Berlin-Stadtpläne mit, die auch „dem Nachwuchs“ als Stadtführer dienen sollten, was wegen der vielen (sinnlosen) Umbenennungen nur sehr lückenhaft möglich ist.

Wir bitten Sie, verehrte Frau Bezirksbürgermeisterin, die offensichtlich geschichtswidrige Fehlentscheidung einer „Zählgruppe“ ausgerechnet in der deutschen Hauptstadt zu „kassieren“ und den alten Namen Kaiser-Wilhelm-Platz zu belassen bzw. wieder herzustellen.

Was am Kaiserdamm (Rückbenennung) möglich war, dürfte auch hier kein Problem sein.

Danke für Ihre Mühe, halten Sie es wie Luther!

Mit vorzüglicher Hochachtung



Berliner Bürgerverein e. V. BBV

Flotowstraße 9
10555 Berlin
Ruf: 030-391 73 70

Dr. Ans Weinert (UBC)

An die Fraktionen von
Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP
in der Bezirksverordnetenversammlung
von Berlin Tempelhof-Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz 1
10825 Berlin

Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes in Richard-von-Weizsäcker-Platz

Sehr geehrte Bezirksverordnete,

Sie haben beschlossen, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen. Wir wehren uns dagegen. Wir fordern Sie auf, diese Entscheidung zurückzunehmen!

Es hat sich immer bewährt, bei Dingen, die die Allgemeinheit betreffen, den Bürger einzubeziehen (verlangt das nicht auch das Grundgesetz?).

Das setzt voraus, diesen Bürger umfassend zu informieren – auch über geschichtliche Vorgänge. Da sollte man sich einen „zu Ehrenden“ schon genauer anschauen. Gerade bei Herrn v. Weizsäcker, der sich gern als das Maß aller Dinge sah, wird jeder Geschichtsinteressierte im Internet schnell fündig – man muß nur gezielt suchen.

Auf dieser Basis haben wir Ihnen einen „Denk- und Arbeitshilfe“ zusammengestellt (s. Anlage).

Sollte das Abstimmungsergebnis zur Umbenennung nicht korrigiert werden, wäre das ein Schlag in das Gesicht jedes Toten bzw. Geschädigten in einem Entwicklungsland.

War es nicht ausgerechnet der Premier-Minister des britischen Weltreiches und geistige Vater Israels, Disraeli, der mehrfach seine hohe Meinung über Wilhelm I. geäußert hat? Aber ein offenbar geschichtsunkundiger Nachwuchs will den in aller Welt geehrten „vom Sockel“ holen.

Im übrigen war Wilhelm I. viel zu bescheiden, nach dem höchsten Staatsamt zu drängeln, da mußte schon Bayernkönig Ludwig „nachhelfen“. Mit seiner bescheidenen Lebensweise (er lebt nicht mal im Schloß) beschämte er geradezu so manchen Bundespräsidenten.

Lassen Sie also den Kaiser-Wilhelm-Platz bestehen, nehmen Sie Ihre Abstimmung zurück! Ihrer Antwort sehen wir mit Aufmerksamkeit entgegen!

Mit vorzüglicher Hochachtung

Anhang: Richard v. Weizsäcker statt Kaiser Wilhelm I.

Werte Damen und Herren,

Sie sind angetreten, nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt mitzugeben. Dann verwirrt es doch sehr, dass Sie ausgerechnet eine Person als "Lichtträger" präsentieren, die in schlimmste Umwelt- und Menschheitsverbrechen in einem Entwicklungsland verstrickt ist. Dass Sie dafür einen hochverdienten Mann (Kaiser Wilhelm I.) vom Sockel stoßen, sei Ihnen nicht nachgetragen; schließlich hatte schon vor Jahren Präsidententochter Rau erkannt: "Geschichtsunterricht kannst Du vergessen..." Folglich können Sie nicht wissen, wie ausgerechnet der Politiker Disraeli, englischer Premierminister und geistiger Vater Israels, am 21. Februar 1871 den 18. Januar 1871 bewertete:

"Die deutsche Reichsgründung (18. Jan. 1871) ist ein größeres politisches Ereignis als die französische Revolution". Damit würdigte er auch die Leistung von Kaiser Wilhelm I, den er persönlich hoch verehrte, und von Kanzler Bismarck.

Nun geht der Normalbürger davon aus, wenn jemand zu Straßen- bzw. Platzehren auserkoren wird, sollen besondere Lebensleistungen an ihn erinnern. Seltsam: Jetzt will man den kleinen Kaiser-Wilhelm-Platz nach einem Mann benennen, dessen Tätigkeit vor Übernahme des Amtes eines Regierenden Bürgermeisters in Berlin in merkwürdiges Dunkel gehüllt wird, obwohl das bekannteste deutsche Nachrichtenmagazin "Der Spiegel", ARD, und WDR seine "Biedermann-Abdeckung" schon vor Jahren bzw. sogar Jahrzehnten lüfteten (s. Spiegel 31/1991, 32/1991, 48/1992). "Es ist schon zu lange her" und ähnliche Ausflüchte können keine Argumente ersetzen. Selbst wenn jemand nur bedingt des Lesens kundig ist, damals nur "Klippschüler" war, müsste mindestens stutzig werden: verschlammter bzw. verschlammter Geschichtsunterricht kann keine Ausrede sein.

Zur geistigen Rückschau: Wurde nicht seinerzeit in Nürnberg von den Siegern der Strafbestand "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (natürlich nur von den Unterlegenen) geprägt? Bereits 1956 schrieb der medizinische Leiter bei Boehringer Ingelheim (Weizsäckers späterer Arbeitgeber) Dr. Graubner von Giftstoffen, deren Eigenschaften einzigartig seien mit schwerster Zerstörbarkeit und merklicher Vergiftung durch Dioxin. Doch statt aus Sicherheitsgründen Alarm zu schlagen, als ein Werkschemiker das Ultragift entdeckte, suchte man dafür Geschäftsfelder, die man dann - v. Weizsäcker war längst Mitglied der Geschäftsleitung- über die amerikanische Giftfirma Dow Chemicals im Vietnamkrieg fand. Nun gab es aber den von der Bundesregierung angeordneten Verzicht auf ABC-Waffen aus den fünfziger Jahren und gab es nicht das Kriegswaffen-Kontroll-Gesetz? Hier zeigte sich die "Weitsicht" des Firmenchefs Ernst Boehringer.

Hatte dieser doch rechtzeitig "einen begabten Juristen" an Land gezogen: Richard von Weizsäcker, der offenbar für juristische Feinessen bekannt war. So wurde die dioxinhaltige Giftbrühe als "Entlaubungsmittel" verkauft und damit Gesetze und Verträge umgangen; offenbar geschützt durch ein "Kartell des Schweigens aus Chemie und Politik", wie Der Spiegel schrieb. In Seveso(Italien) und Bophal(Indien) reichten nach Betriebsunfällen dioxinhaltige Giftwolken aus, um Menschen in Panik zu versetzen. In Vietnam- später auch in Laos ("weil noch übrig war")- wurden, wie der WDR in einem Dokumentarfilm an zahlreichen Beispielen zeigte, durch tonnenweise ausgeschüttete- von Boehringer produzierte Dioxin-Giftbrühe (von der US-Army beschönigend "Agent Orange" genannt) so stark geschädigt, daß Mißbildungen bei Neugeborenen noch in der dritten Generation auftreten.

-2-

Während die USA jede medizinische Hilfe für dadurch schwer geschädigte "Krüppel" ablehnen, rang sich Boehringer Ingelheim zu einer bescheidenen Zahlung von 5 Millionen Mark an die Opfer durch, verbunden mit einer "offiziellen Entschuldigung" (die den Geschädigten mit ihren schweren Leiden und deutlich verkürztem Leben "hilft"). US-Flugzeuge und Hubschrauber versprühten in über 9000 Einsätzen 35 Millionen Tonnen "Agent Orange" (das für Menschen hochgiftig ist). Mit der sogenannten "Urwald-Entlaubung" - mit Zerstörung ganzer Dörfer- wurden vielfach Felder verseucht, damit keine Nahrungsmittel mehr wuchsen- also Hungersnöte bei der Zivilbevölkerung auslöste. Rund 20 Krankheiten gelten heute als unmittelbare Folge des Einsatzes von "Agent Orange", darunter Leukämie, Wirbelsäulenschäden, Leberschäden, Krebs, Nervenleiden, Diabetes, Parkinson. Insgesamt sind ca. 3 Millionen Vietnamesen an den Folgen erkrankt bzw. qualvoll gestorben, darunter mindestens 150 000 Kinder. Die 6-köpfige Boehringer Geschäftsführung, der auch v. Weizsäcker angehörte, half den Amerikanern und machte dabei ein gutes Geschäft. Hieß es doch in einem hauseigenen Bericht (s. Spiegel) an den Produktionsleiter: solange der Krieg in Vietnam dauere, seien Absatzschwierigkeiten nicht zu erwarten. Zudem hatte im Mai 1962 Firmenchef Ernst Boehringer verfügt, ... "alle für Vorstand und Geschäftsführung bestimmten Zuschriften Dr. Richard von Weizsäcker zuzuleiten". Wenn v. Weizsäcker in seinen Memoiren sich als "völlig ahnungslos" hinstellt, dürfte das eher unter "juristische Feinessen" zu verbuchen sein. Denn als nach dem Spiegel-Bericht 48/1992 (über eine 1984 entdeckte undichte Hamburger Müllhalde mit Boehringer-Gift aus dem Zweigwerk) der Chemie-Konzern seine 36-jährige Dioxin-Vertuschungspolitik revidieren musste, geriet der frühere Geschäftsführer v. Weizsäcker in Erklärungsnot- nicht die einzige (ARD-Fernsehsendung "Hamburger Gift" am 2. Dezember 1992).

Übrigens kann v. Weizsäckers Zurückhaltung nicht überraschen, wenn man das Verhältnis der Familien v. Weizsäcker und Boehringer kennt. Berichtete nicht v. Weizsäcker in seinen Memoiren: Zwischen beiden gab es ein Freundschaftsband, das die ganze Familie eingeschlossen habe. Firmengründer Robert Boehringer sei neben seinen Eltern für ihn bis in seine mittleren Lebensjahre die wichtigste Bezugsperson gewesen.

Zur Erinnerung: Im Dezember 1969 bekräftigte die UNO-Vollversammlung- aufgeschreckt durch alarmierende Berichte über Totgeburten in Vietnam- die Gültigkeit der Genfer Konvention (von 1925 !), derzufolge Herbizide (dazu gehört die von Boehringer hergestellte und vertriebene Dioxin-Giftbrühe) zu den durch die Genfer Konvention geächteten chemischen Waffen zählen. Als am 19. März 1965 der Liefervertrag zwischen Boehringer- Ingelheim und Dow Chemical abgeschlossen wurde, ging das nur nach genauer Prüfung und Zustimmung des Juristen in der Boehringer Geschäftsführung, der hieß Richard von Weizsäcker--und dieser "begabte Jurist" (Ernst Boehringer) sollte bei diesem "Bombengeschäft" von der seit über 40 Jahren gültigen Genfer Konvention noch nichts gehört haben?

Die Krönung hierzu: Als Präsident des Evangelischen Kirchentages 1969 in Stuttgart (Motto "Hungern nach Gerechtigkeit") richtete er an die Kirchentagsbesucher den Appell "neue Antworten zu suchen auf Bedrohung des Lebens durch Vernichtungswaffen".

18 Monate später, am 7. Januar 1971, stieg zum letzten Mal ein Sprühflugzeug in den Himmel über Vietnam. Über 4 Jahre machten amerikanische Vernichtungsbürokraten ein ganzes Land zum Labor und ein Volk zu Kaninchen- ein gewaltiger Testeinsatz auch der Boehringer Chemie-Waffe, wobei jeder Einsatz (und die 15 verschiedenen "Herbizid-Cocktails") protokolliert wurde.

Was für Verdienste bleiben aus der Zeit als Regierender Bürgermeister, wo er trotz seines Wortes "Berlin ist meine Aufgabe" längst nach etwas Höherem schielte? Aber auch als Bundespräsident hat man nicht automatisch ein Anrecht auf Platz- oder Straßenbenennung. Das schon gar nicht, -wenn dabei ein verdientes Staatsoberhaupt entehrt wird. In keinem anderen Land wäre so ein Fußtritt auf die eigene Geschichte möglich- man denke nur an Polen, Frankreich, Italien.

Im Übrigen lässt sich durch Umbenennung von Straßen / Plätzen Geschichte nicht ändern; sie verärgert allerdings viele Berlin-Besucher und besonders viele Berliner (Kosten?).

Wer sich fürchtet, seiner Vergangenheit ins Gesicht zu sehen, muss notwendigerweise auch fürchten, was kommen wird.

Vaclav Havel, tschechischer Politiker

*

Hinweis:

Von den Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg hat lediglich die AfD-Fraktion geantwortet. Die AfD hat mittlerweile rund 2.000 Flugblätter (s. oben) am Kaiser-Wilhelm-Platz verteilt. Nach unserem Wissen, haben die Medien davon keine Kenntnis genommen. Auch nicht die wöchentliche Lokalbeilage des „Tagesspiegels“.

Wir danken dem Berliner Bürgerverein für seine Stellungnahmen!

Bei den sog. „Geschichtsvereinen“ herrscht Schweigen. Und die angeschriebene „Preußische Gesellschaft“ hat uns bis zum heutigen Tage nicht geantwortet. Armes Preußen!

Die Redaktion

07) Götz von Aly zu Rotrotgrünem Brutalismus in Berlin

Kommentar von Götz Aly im Wortlaut

Annette A., Mittwoch, 02. Dez. 2020,
23:35 Uhr

Liebe Freunde, jetzt endlich komme ich dazu, euch noch den von mir gestern gepriesenen Kommentar von Götz Aly in der gestrigen Berliner Zeitung zu übermitteln; Hervorhebungen von mir.

Nun fehlt noch die überregionale Presse ... Aber dieser Kommentar wird endlich dem Problem zum ersten Mal gerecht!

Auch ist bis heute kein angemessener Beitrag in der Berliner Abendschau gelaufen ...

Alle drei von Götz Aly angesprochenen Skandale kennt ihr auch aus meinen Übersichten

...

Es ist zu hoffen, daß der Kommentar von Götz Aly im Berliner Kurier morgen wiederholt wird ...

Schreibt Leserbriefe!

Leserbriefe FAZ: leserbrief@faz.de

Süddeutsche: leserbriefe@sueddeutsche.de

Berliner Zeitung: leser-blz@berlinerverlag.com

Einen herzlichen Gruß

Annette Ahme

Vorsitzende Berliner Historische Mitte e. V.

c/o Friedrichstädtische Galerie – Stresemannstr. 27 – 10963 Berlin

(030) 2521689 / (0177) 2521689 – skype: annette.ahme

Rotrotgrüner Brutalismus in Berlin

Berliner Zeitung vom Dienstag, 1. Januar 2020

Berlin Sowohl Die Linke als auch die SPD und Die Grünen tun gerne so, als hätten sie weit geöffnete Ohren für Bürgerbeteiligung. Dass zumindest in Berlin das Gegenteil stattfindet, sei an drei aktuellen Beispielen thematisiert.

Vor kurzem wurde in **Pankow die Mauer des Friedhofs im Ortsteil Französisch-Buchholz weggebaggert, und zwar mitsamt den hugenottischen Erbbegräbnissen aus dem 18. Und 19. Jahrhundert.** Sie erinnerten an die als Flüchtlinge in Preußen aufgenommenen protestantischen Franzosen: In Französisch-Buchholz waren es 17 Familien, darunter die Chartons, die Guyots, die Cunis oder Mathieus. Für den stadteschichtlich frevelhaften Abriss ist Bezirksstadtrat Vollrad Kuhn (Grüne) verantwortlich. Er flüchtet sich in windige Ausreden.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die seit gut 300 Jahren bestehende Mohrenstraße. Am 17. August hatten die Verordneten des Bezirks Mitte auf Antrag der Grünen und der SPD mehrheitlich beschlossen, den Straßennamen als angeblich rassistisch zu tilgen und die

Seite 277 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 790 vom 20.05.2021

Straße nach dem durchaus würdigen Philosophen Anton Wilhelm Amo zu benennen. Das soll ausdrücklich ohne die Beteiligung von Anrainern und alternative Vorschläge geschehen.

Dieser Vorgehensweise entspricht eine Alibi-Veranstaltung, die das bezirkliche Kulturamt am vergangenen Sonntag online zelebrierte. Anfangs wurde behauptet, es gehe nicht um den Straßennamen; tatsächlich redeten die zugelassenen, sich inhaltlich völlig einigen Diskutanten ununterbrochen davon. Die Auswahl der Gleichgesinnten hatte der Verein „*Each One Teach One (EOTO)* – Empowerment für Schwarze, Afrikanische- und Afrodiasporische Menschen“ getroffen. Ein Kritiker, der im Chat-Kanal höflich widersprach, wurde kurzerhand weggelöscht, weil er sich angeblich nicht „respektvoll“ ausgedrückt habe (Erdogan lässt grüßen). Insgesamt hörten sich (mit mir) 25 bis 50 Menschen die zähe Präsentation wechselseitiger Selbstbestätigung an. Für diese bürgerferne Nichtdiskussion ist die rot-grüne Spitze des Bezirksamts Mitte verantwortlich, speziell die Stadträtin Sabine Weißler (Grüne).

Nun zum dritten Fall: **Es geht um die 44 Meter breite Mühlendammbücke**, die im Lauf der nächsten **zehn Jahre** erneuert werden muss. Die zuständige Senatorin Regine Günther (Grüne) will dieses **Betonmonster** in fast derselben Breite neu errichten lassen und bündelte Gegenvorschläge für ein nur 32,60 Meter breites, für Fußgänger, Radfahrer, Autos und Straßenbahnen gegliedertes, damit auch leichteres und weniger plump-brutales Bauwerk ab. Ihren Sprecher Jan Thomsen lässt sie mitteilen: „Wir wollen ein künstliches Nadelöhr an dieser Stelle für alle Verkehrsarten vermeiden.“

Tatsächlich steht im Zusammenhang der Brücke die Frage an, wie das schon von den Nazis verunstaltete, dann zusammengebombte und hernach im Namen des Autoverkehrs vollständig weggesprengte ehemalige Berliner Zentrum auf moderne Weise rekonstruiert werden kann. Es geht um die Wiederbelebung einer urban vollständig verödeten Zone. Aber dafür interessieren sich Grüne, SPD und Linke nicht. Schlecht gelaunt und ungemein wurstig herrschen sie in soft-stalinistischer Manier.

08) Anwohner lehnen Inge-Meyssel-Straße ab. Von Hildburg Bruns



Aus: B.Z., Nr. 64/11 v. 17.03.2021, S. 13

Anmerkung der Redaktion: Quittung für den „Straßenumbenener-Block“ und seine Helfershelfer? Aber was kümmert diese „Oberen“ die Meinung des Volkes, wenn das Volk anderer Meinung ist? In diesem Falle war es nicht einmal eine „Umbenennung“, sondern eine Erstbenennung, aber die r ungeliebten „Umbenennungswellen“ schlagen jetzt wohl zurück. Gut so! - Hk

Und die Partei „Bündnis 90 / Die Grünen“ zeigt uns ihr demokratisches Gesicht!

Aus der B.Z. in Berlin

<https://www.bz-berlin.de/berlin/friedrichshain-kreuzberg/inge-meyssel-strasse-kommt-doch>

siehe nächste Seite:

In Friedrichshain: Inge-Meyssel-Straße kommt doch



Inge Meysel in Berlin. Foto: picture alliance / United Archiv



Hildburg Bruns, 19. März 2021, 08:07

Es wird doch eine Inge-Meyssel-Straße in Friedrichshain geben! Darauf pocht Grünen-Kulturpolitiker Werner Heck: „Die Bezirksverordnetenversammlung hat die Benennung einer Straße ohne Namen beschlossen und sie wird auch umgesetzt“.

Kurios: Die Anlieger müssen den neuen Namen der westlich von ihnen gelegenen Straße aber nicht als Anschrift übernehmen. Sie können ihre bisherige Adresse der östlich von ihnen gelegenen Straßen (u.a. Pariser Kommune, Franz-Mehring-Platz) behalten.

Denn in einer Befragung hatten von 1000 Anliegern nur 32 Haushalte für einen Wechsel zur Inge-Meyssel-Straße plädiert.

Die neuen Meyssel-Straßenschilder in der namenlosen Straße werden erst in einigen Monaten aufgehängt. Die legendäre Volksschauspielerin (1910–2004) wurde in Rixdorf (heute Neukölln) geboren, wuchs in Friedrichshain auf. Ihre prägenden Jahre erlebte sie am Rose-Theater und an der Ballettschule am Strausberger Platz. Zum großen Star avancierte Meysel im Berliner Volksstück „Fenster zum Flur“, das 1960 im Hebbeltheater uraufgeführt wurde.

Später engagierte sich die „Mutter der Nation“, wie sie auch genannt wurde, gegen den Paragraphen 218 (Schwangerschaftsabbruch) und setzte sich für die Rechte der Homosexuellen im Kampf gegen Aids ein.

Meysel war ein gern gesehener Gast in vielen Talkshows. Das Publikum liebte und hasste sie wegen ihrer offenen und direkten Art.

Doch die Anwohner überzeugte das alles nicht, sie scheuen den bürokratischen Aufwand, wollen keine Inge-Meyssel-Straße auf ihrem Ausweis.